

Döhrn, Roland et al.

Article

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung kräftigt sich

RWI Konjunkturberichte

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Döhrn, Roland et al. (2006) : Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung kräftigt sich, RWI Konjunkturberichte, ISSN 1861-6305, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, Vol. 57, Iss. 1, pp. 25-71

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/61061>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

**Roland Döhrn, György Barabas, Heinz Gebhardt, Antoine-Richard Milton,
Günter Schäfer, Torsten Schmidt, Hans-Karl Starke und Ullrich Taureg**

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung kräftigt sich¹

Kurzfassung

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland setzte sich im Verlauf des Jahres 2005 fort. Er wird nicht mehr allein von der Außenwirtschaft getragen, sondern zunehmend auch von den Investitionen. Die Bauinvestitionen haben zuletzt erstmals seit 1999 zugelegt. Rückläufig blieb allerdings der private Konsum. Bei der Beschäftigung sind Besse- rungstendenzen erkennbar, so dass die Chancen nicht schlecht stehen, dass die verfü- g- baren Einkommen künftig etwas stärker zunehmen.

Die Bundesregierung verzichtet 2006 auf eine forcierte Konsolidierung und verab- schiedete Maßnahmen, mit denen sie die Wachstumsdynamik verstärken will. Für das kommende Jahr ist eine Anhebung der Mehrwert- und der Versicherungssteuer um 3%-Punkte geplant, womit der Konsolidierungskurs verschärft würde. Zugleich sollen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2%-Punkte sinken.

Unter diesen Voraussetzungen prognostizieren wir ein Wachstum des BIP von 1,8% in diesem, aber nur von 1,3% im kommenden Jahr (Tabelle 1). Die Zunahme läge jeweils über dem Trendwachstum, das wir auf gut 1% schätzen. Wesentliche Impulse erhält die Expansion voraussichtlich weiter vom Export. Einen gleich hohen Wachstumsbeitrag dürften die Investitionen liefern. Eine Belebung der privaten Konsumausgaben halten wir für wenig wahrscheinlich. 2006 dürfte er etwas höher ausfallen, weil Käufe wegen der bevorstehenden Steuererhöhung vorgezogen werden. Für 2007 prognostizieren wir einen neuerlichen Rückgang, da weitere Steuervergünstigungen abgebaut werden sollen und die Inflation wegen der Mehrwertsteuererhöhung voraussichtlich ansteigt. Wir erwarten dann eine Teuerungsrate von 2,3% nach 1,7% in diesem Jahr.

Bei der Zahl der Erwerbstätigen prognostizieren wir für 2006 eine Zunahme um 160 000, für 2007 um 140 000. Der Stellenaufbau dürfte vor allem bei sozialversiche- rungspflichtigen Tätigkeiten stattfinden, während wir bei Mini- und Ein-Euro-Jobs

¹ Abgeschlossen am 2. März 2006. Wir danken Michael Fertig, Rainer Kambeck, Wim Kösters, Torge Middendorf, Heinz Josef Münch, Christoph M. Schmidt und Joachim Schmidt für kritische Anmerkungen zu einer früheren Fassung des Berichts sowie Tobias Arns, Anette Hermanowski, Frank Jacob, Waltraud Lutze, Lionita Krepstakies, Renate Rác, Gisela Schubert und Werner Wichmann für die technische Unterstützung der Arbeiten.

Tabelle 1

Eckwerte der Prognose für 2006 und 2007			
2005 bis 2007			
	2005	2006 ^P	2007 ^P
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränderung in %	0,9	1,8	1,3
Erwerbstätige ² , in 1 000	38 779	38 940	39 080
Arbeitslose ³ , in 1 000	4 861	4 590	4 530
Arbeitslosenquote ⁴ , in %	11,2	10,6	10,4
Verbraucherpreise, Veränderung in %	2,0	1,7	2,3
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	-0,9	-0,6	-0,4
Finanzierungssaldo des Staates ⁶			
in Mrd. €	-74,5	-65,0	-46,0
in % des BIP	-3,3	-2,8	-2,0
Leistungsbilanzsaldo ⁷ , in Mrd. €	90,4	105,0	110,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit; Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr. – ¹In Preisen des Vorjahres. – ²Im Inland. – ³Nationale Abgrenzung. – ⁴Bezogen auf inländische Erwerbspersonen. – ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – ⁷In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ^PEigene Prognose.

keine nennenswerten Zuwächse erwarten. Die Arbeitslosenquote dürfte auf 10,6% 2006 bzw. 10,4% 2007 sinken.

Der Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte wird sich im Prognosezeitraum spürbar vermindern. Aufgrund der besseren Konjunktur halten wir es für möglich, dass er die Defizitgrenze des Vertrags von Maastricht bereits in diesem Jahr leicht unterschreitet. Im kommenden Jahr dürfte die Defizitquote wegen der Steuererhöhungen deutlich, auf 2,0%, sinken.

Die Finanzpolitik hat für 2007 einen verschärften Konsolidierungskurs angekündigt. Nach unserer Einschätzung geht sie dabei aber einen falschen Weg. Eine Konsolidierung hätte vor allem auf der Ausgabenseite ansetzen müssen, die Regierung erhöht stattdessen die Steuern. Angesichts der erwarteten deutlichen Konjunkturbelebung hätte sie in diesem Jahr bei der Konsolidierung mutiger voranschreiten sollen. Die Steuererhöhung im kommenden Jahr sollte sie überdenken, zumindest aber auf ein Maß beschränken, bei dem die Abgabenbelastung insgesamt nicht steigt.

1. Überblick

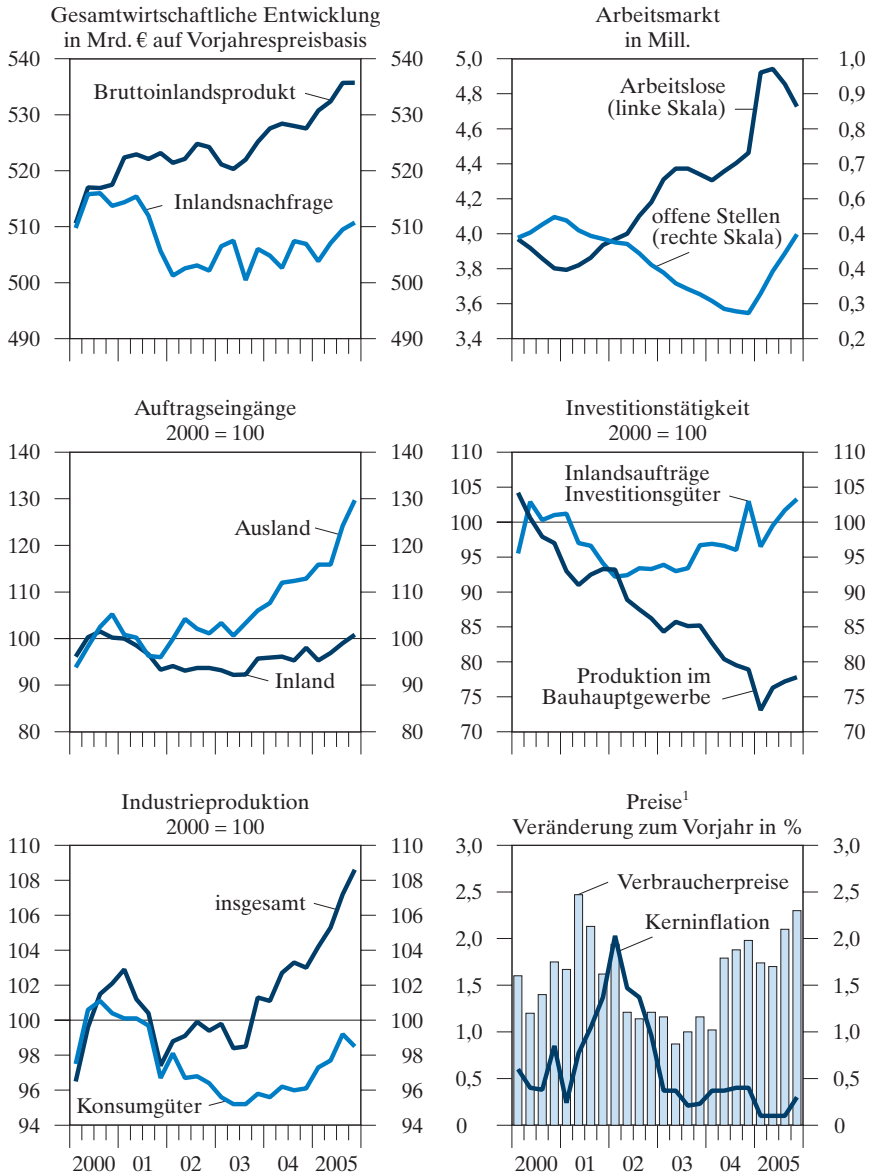
1.1 Gute Konjunktur, noch bessere Stimmung

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland setzte sich im Verlauf des Jahres 2005 fort. Erfreulich ist, dass er nun nicht mehr allein von der Außenwirtschaft getragen wird, sondern auch von den Investitionen. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen steigen seit fast zwei Jahren. In der zweiten Hälfte von 2005 haben aber auch die Bauinvestitionen erstmals seit 1999 wieder spürbar zugelegt. Rückläufig blieb der private Konsum, der offenbar insbesondere durch höhere Energiepreise gedämpft wurde. Es gibt Hoffnungszeichen, dass

Schaubild 1

Indikatoren zur Konjunktur

2000 bis 2005; saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Nicht saisonbereinigt.

Kasten 1

Prognose 2005 im Rückblick

Vor einem Jahr hatte das RWI Essen für 2005 eine Zunahme des realen BIP um 1,0% prognostiziert. Damit hat es das nach aktuellem Rechenstand realisierte Ergebnis nur um 0,1%-Punkte verfehlt, was im langfristigen Vergleich außerordentlich wenig ist. Anders als im Vorjahr – als der Prognosefehler ebenfalls recht gering war – wurden diesmal auch die meisten Verwendungsaggregate des BIP relativ gut getroffen (Tabelle).

Zwar wurde auch für 2005 der Zuwachs bei allen inländischen Komponenten des BIP zu optimistisch eingeschätzt, allerdings sind die Prognosefehler im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt gering. Dies gilt insbesondere für die sehr volatilen Ausrüstungsinvestitionen. Der Außenbeitrag wurde erneut unterschätzt, jedoch wurden sowohl die Ein- als auch die Ausfuhren recht gut getroffen. Berechnungen mit dem RWI-Konjunkturmodell lassen den Schluss zu, dass etwa die Hälfte des Fehlers beim Export darauf zurückzuführen ist, dass der Euro im Verlauf von 2005, anders als von uns angenommen, gegenüber dem Dollar abwertete. Die Zunahme der Einfuhren wurde hingegen fast genau vorhergesagt.

Prognose vom Februar 2005 und Realisation

in % bzw. %-Punkten

	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		Abweichung der Prognose vom Ist	MAE ² 1991 bis 2005
	Prognose	Ist ¹		
Konsumausgaben	0,4	0,0	0,4	–
Private Haushalte	0,5	0,0	0,5	0,9
Staat	–0,1	0,1	0,2	0,7
Anlageinvestitionen	1,7	–0,2	1,9	2,8
Ausrüstungen	4,3	4,0	0,3	4,3
Bauten	–0,6	–3,4	2,8	2,8
Vorratsveränderung ³	0,2	0,3	–0,1	0,5 ^a
Außenbeitrag ³	0,2	0,6	–0,4	0,7 ^a
Exporte	5,4	6,3	–0,9	3,3
Importe	5,6	5,3	0,3	3,0
Bruttoinlandsprodukt	1,0	0,9	0,1	0,7

Eigene Berechnungen. – ¹Angaben des Statistischen Bundesamtes vom 22. Februar 2006. –

²MAE: Mittlerer absoluter Prognosefehler der Veränderungsdaten bzw. Wachstumsbeiträge. –

³Wachstumsbeitrag in %-Punkten. – ^a1996 bis 2005.

auch die Beschäftigung dabei ist, sich zu bessern. Vorläufigen Angaben zufolge nimmt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit August 2005 wieder leicht zu. Damit stehen die Chancen nicht schlecht, dass auch die verfügbaren Einkommen bald wieder stärker steigen.

Mehr noch als die Lage hat sich die Stimmung aufgehellt. Der ifo-Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe erreichte im Februar 2006 den besten Wert seit 15 Jahren, wobei nun nicht nur die Erwartungen, sondern auch die Lage gut eingeschätzt werden. Ähnliches gilt für den *Purchasing Managers Index*, der insbesondere für den Dienstleistungssektor den besten Wert seit 2000 aufwies. Selbst die Konsumentenstimmung (*Consumer Sentiment Index* der EU) verbesserte sich, auch wenn die skeptischen Einschätzungen noch überwiegen.

Inwieweit die günstigen Stimmungsindikatoren auf einen kräftigeren Aufschwung hinweisen, ist jedoch unsicher. Erfahrungsgemäß sind die Prognoseeigenschaften dieser Indikatoren nicht allzu gut (Dreger, Schumacher 2005). In einem engeren Zusammenhang standen sie allerdings in der Vergangenheit mit der Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Diese blieb auch im vierten Quartal 2005, als das reale BIP saisonbereinigt stagnierte, aufwärts gerichtet. Da die Auftragseingänge aus dem In- und Ausland in der Tendenz weiter steigen, deutet vieles darauf hin, dass die Schwäche im Schlussquartal vorübergehend war und ein guter Start ins neue Jahr gelingen sollte².

Gedämpft wurde die Expansion im abgelaufenen Jahr insbesondere durch die Verteuerung von Energie und Rohstoffen, die wohl maßgeblich für das schwache vierte Quartal 2005 verantwortlich war. Sie ließ die Inflationsrate von 1,6% im Januar auf 2,5% im September steigen. Seitdem hat sich der Preisauftrieb wieder auf zuletzt 2,1% etwas beruhigt. Die Inflationsrate lag über dem Anstieg der verfügbaren Einkommen, so dass die Realeinkommen sanken.

Schwäche im
Schlussquartal
wohl nur
vorübergehend

1.2 Aufschwung in diesem, gebremste Expansion im kommenden Jahr

Unsere Prognose basiert auf folgenden Annahmen:

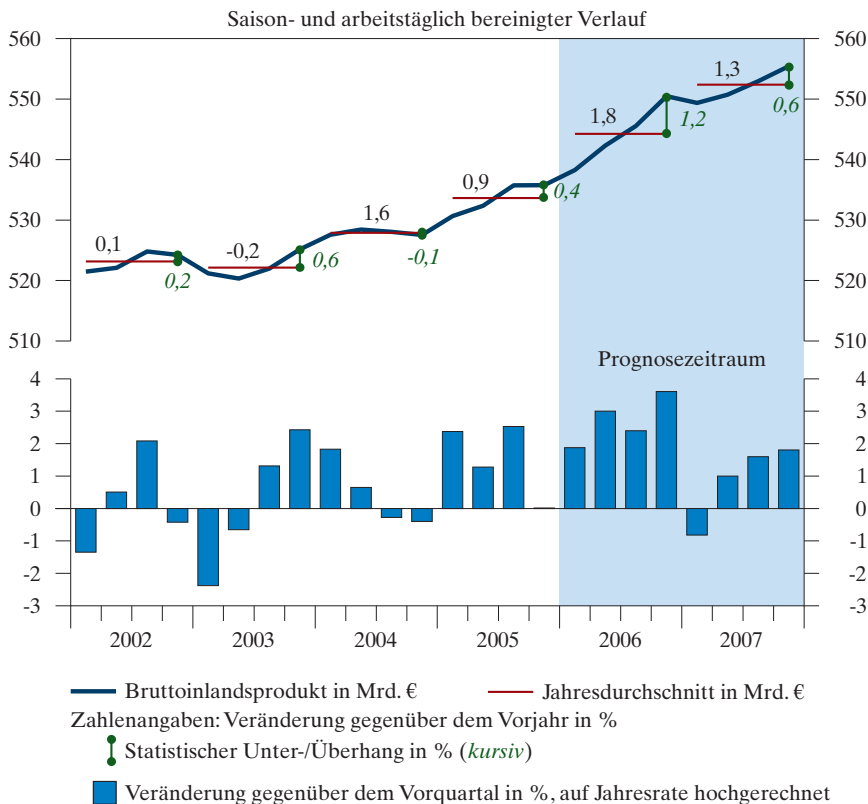
- Der Preis für Rohöl bleibt über den gesamten Prognosezeitraum auf dem gegenwärtigen Niveau von 60 \$/b.
- Die internationale Konjunktur verliert nur wenig an Fahrt. Der Welthandel mit Waren wird in diesem Jahr um 7,5% ausgeweitet, im kommenden um 7%.
- Der Wechselkurs des Dollar gegenüber dem Euro liegt unverändert bei etwa 1,20 \$/€.
- Die EZB wird ihre Leitzinsen im Prognosezeitraum in mehreren kleinen Schritten bis auf 3,5% heraufsetzen.
- Die Tariflöhne steigen in diesem Jahr um 1,1%, im kommenden um 1,3%.

² Die Quartalsraten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) werden zum Teil beträchtlich revidiert. Bei unserer Prognose vom September 2005 beispielsweise gingen wir – in saison- und arbeitstäglicher Betrachtung – nach den damals zur Verfügung stehenden Daten von einer Stagnation im zweiten Quartal 2005 aus. Nach den aktuellsten Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug die Quartalsrate dagegen 0,3%. Auch hatten wir damals die unstete Entwicklung des deutschen BIP ohne klare Tendenz angesprochen. Nach der jüngsten Revision stellen sich die Zuwachsraten in den ersten drei Quartalen 2005 mit 0,6%, 0,3% und erneut 0,6% im Vergleich mit den Jahren zuvor recht gleichmäßig dar. Unsere Einschätzung (Döhrn et al. 2005: 27, Fußnote 2), dass die im September vorliegenden Daten den Zuwachs im ersten Quartal 2005 zu hoch und im zweiten zu gering auswiesen, hat sich damit als zutreffend herausgestellt.

Schaubild 2

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2002 bis 2007; real



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.



Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen unterscheiden sich für dieses und das kommende Jahr deutlich. Die Bundesregierung verzichtet 2006 auf eine stärkere Konsolidierung und verabschiedete stattdessen Maßnahmen, „die bereits kurzfristig Impulse für eine verstärkte Wachstumsdynamik geben“ (BMWi 2006: 19). Da gleichzeitig weitere Steuervergünstigungen abgebaut und Transfers reduziert werden, dürfte das konjunkturbereinigte Defizit per saldo in Relation zum BIP um 0,3%-Punkte zurückgeführt werden. Belastet werden insbesondere die privaten Haushalte (schätzungsweise 10 Mrd. €), während Unternehmen leicht entlastet werden dürften.

Für das kommende Jahr plant die Bundesregierung einen schärferen Konsolidierungskurs. Sie hat u.a. angekündigt, den Regelsatz der Mehrwert- und die

Versicherungsteuer um 3%-Punkte anzuheben, allerdings auch den Beitragsatz zur Arbeitslosenversicherung um 2%-Punkte zu senken. Zusammen mit dem Abbau weiterer Steuervergünstigungen und Einsparungen in der Verwaltung dürfte dies das konjunkturbereinigte Defizit um 0,8%-Punkte des BIP mindern, wobei wiederum insbesondere die privaten Haushalte belastet werden. Eine Abschätzung der makroökonomischen Auswirkungen der Finanzpolitik enthält Kasten 4.

Unter diesen Voraussetzungen prognostizieren wir eine Zunahme des BIP um 1,8% in diesem Jahr, aber nur um 1,3% im kommenden (Tabelle 3). 2006 läge der Zuwachs über dem Durchschnitt der Jahre seit der Wiedervereinigung und dem trendmäßigen Wachstum, das nach unserer Einschätzung knapp über 1% beträgt (Döhrn et al. 2004a: 107), so dass die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung steigt. 2007 käme die restriktivere Wirtschaftspolitik zum Tragen, die Expansion läge aber noch leicht über dem Trendwachstum.

**Expansion
voraussichtlich
zunehmend von
den Investitionen
getragen**

Getragen wird die Expansion voraussichtlich weiterhin wesentlich vom Export. Die gleiche Bedeutung dürften allerdings die Investitionen erlangen, weil die Kapazitätsauslastung steigt, die Gewinnsituation und die Finanzierungsbedingungen günstig sind und die Abschreibungsbedingungen verbessert wurden (Tabelle 4).

Eine Belebung der privaten Konsumausgaben halten wir für wenig wahrscheinlich. Zwar dürften sie 2006 wieder wachsen, jedoch vorwiegend aufgrund von Sonderfaktoren, insbesondere dem Vorziehen von Käufen in Reaktion auf die für 2007 geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer. Für 2007 prognostizieren wir einen neuerlichen Rückgang, da dann die vorgezogenen Käufe fehlen, Steuervergünstigungen weiter abgebaut werden und die Inflation wegen der Mehrwertsteuererhöhung voraussichtlich ansteigt. Wir erwarten eine Teuerungsrate von 2,3% nach 1,7% in diesem Jahr.

Stützend auf die Einkommen dürfte allerdings die Beschäftigung wirken. Für 2006 erwarten wir bei weiterhin maßvollen Lohnabschlüssen eine Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen (im Inland) um 160 000, für 2007 um 140 000. Dabei dürften die niedrigeren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung positiv auf die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen wirken. Der Stellenaufbau dürfte vor allem bei sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten stattfinden. Bei Mini- und Ein-Euro-Jobs ist keine nennenswerte Zunahme mehr zu erwarten.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich im laufenden Jahr voraussichtlich bessern. Die Defizitquote dürfte auf 2,8% sinken. Damit würde Deutschland das Defizitkriterium des Maastrichter Vertrags erstmals seit 2002 erfül-

Tabelle 2

Auswirkungen veränderter Prognoseannahmen auf ausgewählte Aggregate								
2006:1 bis 2007:4; Abweichung von der Basislösung in %-Punkten								
	Welthandel		Dollarkurs		Rohölpreis			
	Zunahme um 2,5 %-Punkte niedriger je Quartal 2006		Dauerhafte Anhebung um 0,1 \$/€		dauerhafte Anhebung um 10 \$/b			
					ohne		mit	
					Rückkopplung über Welthandel			
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Entstehung								
Erwerbstätige	-0,2	-0,3				-0,2		-0,2
BIP real	-0,6	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1	-0,2	-0,2	-0,3
Verwendung, real								
Private Konsumausgaben	-0,1	-0,4	0,2	0,5	-0,2	-0,4	-0,2	-0,5
Bruttoanlageinvestitionen	-1,0	-0,8	-0,1	-0,3	-0,1	-0,6	-0,3	-0,9
Exporte	-2,3		-0,8	-1,7		0,1	-0,7	0,1
Importe	-2,2	-0,6	-0,5	-1,2	-0,1	-0,4	-0,7	-0,6
Preise								
Private Konsumausgaben			-0,3	-0,6	0,2	0,3	0,2	0,3
Verteilung								
Arbeitnehmerentgelt	-0,2	-0,5		-0,1		-0,2	-0,1	-0,3
Unternehmens-/Vermögenseinkommen	-1,7	0,2	1,5	-1,2	-2,1		-2,6	0,1
Volkseinkommen	-0,7	-0,3	0,5	-0,5	-0,7	-0,1	-0,9	-0,2
Staat								
Finanzierungssaldo, in Mrd. €	-1,8	-6,8	-0,6	-0,1	0,3	-2,6		-4,1

Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell, Stützbereich 1995:3 bis 2005:2.

len. Im kommenden Jahr wird sie vor allem aufgrund höherer Steuern auf wahrscheinlich 2,0% weiter sinken.

1.3 Risiken

Die wesentlichen Risiken dieser Prognose liegen, wie bei unserer vorhergehenden, im weltwirtschaftlichen Umfeld. Sie wurden im Auslandsteil des Berichts bereits thematisiert. Wie stark ein höherer Ölpreis, eine Aufwertung des Euro oder eine allgemein schwächere Expansion des Welthandels die deutsche Wirtschaft belasten würden, lässt sich mit Hilfe des RWI-Konjunkturmodells abschätzen (Tabelle 2). Ein um 2,5%-Punkte geringeres Wachstum des Welthandels würde das BIP – über zwei Jahre kumuliert – um 0,8% drücken. Ein um 0,10 \$ höherer Kurs des Euro hätte ein um 0,3% geringeres BIP zur Folge und ein um 10 \$/b höherer Rohölpreis ein um 0,5% geringeres BIP (ausführlicher dazu Döhrn et al. 2004b: 32–34).

Zu einem schwächeren Wachstum der Weltwirtschaft könnte es beispielsweise kommen, wenn – was allerdings wohl nicht allzu wahrscheinlich ist (CBO 2005: 5–6) – die Vogelgrippe auf den Menschen übergreift und sich zu einer Pandemie entwickelt. Quantitative Aussagen über die wirtschaftlichen Effekte hängen aber letztlich von den Annahmen über die Zahl der infizierten Personen und der Todesfälle ab. Man kann sich dem Problem nur über Szenarien

annähern, wie z.B. McKibbin/Sidorenko (2006), ohne freilich deren Wahrscheinlichkeit beziffern zu können.

Die direkten Wirkungen auf die Konjunktur in Deutschland dürften – sofern eine Katastrophe ausbleibt – gering sein. Greift die Vogelgrippe auf Nutztierbestände über, so wären nicht einmal 5% der landwirtschaftlichen Wertschöpfung (Anteil der Produktion von Geflügelfleisch und Eiern am Produktionswert der Landwirtschaft) bzw. weniger als 0,05% des BIP betroffen. Käme es allerdings zu einer Grippeepidemie unter Menschen, wären Produktionsausfälle aufgrund eines hohen Krankenstandes wahrscheinlich. Diese dürften jedoch in den Folgemonaten zum Teil wieder aufgeholt werden. Den Ausfällen stünden erhöhte Aufwendungen zur Abwendung der Bedrohung gegenüber, die für sich genommen das BIP sogar steigern.

Grippe-Pandemie
könnte Expansion
dämpfen

Bedeutsamer wären die internationalen Rückwirkungen. In dem „milden“ Szenario von McKibbin/Sidorenko (2006) kommt es zu einer Verlangsamung des Wachstums der Weltwirtschaft um 0,8%-Punkte. Dies wäre eine Größenordnung, bei der auch der deutsche Export spürbar in Mitleidenschaft gezogen würde.

Die eigentlichen Belastungen durch eine Pandemie lägen freilich wohl nicht im wirtschaftlichen Bereich. Sie beständen vielmehr im Verlust von Menschenleben und an Lebensqualität aufgrund der Angst vor Ansteckung und entsprechend verändertem Verhalten.

2. Nachfragekomponenten

2.1. Exporte wachsen weiterhin kräftig

Die Konjunktur in Deutschland erhielt auch 2005 wesentliche Impulse aus dem Ausland. Die Ausfuhren wuchsen preisbereinigt um 6,3%, wobei sich die Zunahme verstärkte. Sie wurden einerseits von der weiterhin lebhaften Weltkonjunktur, andererseits einer verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit begünstigt, da der Euro seit Jahresbeginn tendenziell gegenüber dem Dollar abwertete und der Preis- und Kostenanstieg hierzulande geringer war als in anderen Ländern. Zudem wurde die Expansion weltweit wesentlich von den Investitionen getragen, was dem Exportsortiment Deutschlands entgegen kommt.

Ausfuhren
wuchsen im
Jahresverlauf 2005
verstärkt

Für 2006 stehen die Zeichen nicht schlecht, dass die gute Exportkonjunktur anhält. Der Welthandel wächst nach unserer Einschätzung weiterhin spürbar, und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen dürfte sich

Kasten 2

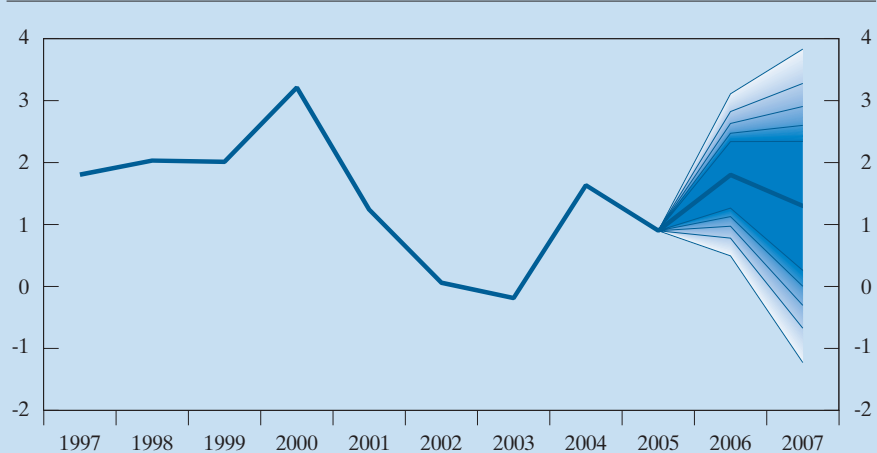
Zur Unsicherheit der vorliegenden Prognose

Im Konjunkturbericht 2005 hat das RWI Essen erstmals die Unsicherheit seiner laufenden Prognose quantifiziert (Döhrn et al. 2005: 38–39). Dazu wurde ein Prognoseintervall bestimmt, das aus den Fehlern der Vergangenheit abgeleitet wurde. Es zeigte sich, dass die Fehlerstreuung mit dem Prognosehorizont variiert. Die angegebenen Intervalle fußen auf der Annahme einer unverzerrten Prognose und einer symmetrischen Verteilung des Prognosefehlers.

Für 2006 beträgt der Prognosehorizont 11 Monate. Gemäß den sich für diesen Zeitraum ergebenden Intervallen kann man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass die Wirtschaft in diesem Jahr spürbar wächst. Das 50%-Intervall umfasst BIP-Raten zwischen 1,3% und 2,3%, das 80%-Intervall deckt immerhin noch den Bereich zwischen 0,8% und 2,8% ab. Ist die Prognose unverzerrt und folgen die Fehler der gleichen Verteilung wie in der Vergangenheit, erhöht sich das BIP mit einer Wahrscheinlichkeit von fast 90% 2006 rascher als 2005. Für 2007 (Prognosehorizont 23 Monate) sind die Tendenzaussagen mit erheblich größerer Unsicherheit behaftet. Das 50%-Intervall umfasst ein Wirtschaftswachstum zwischen 0,3 und 2,3%. Ein Rückgang des BIP lässt sich unter den genannten Vorbehalten gegenwärtig mit einer Wahrscheinlichkeit von 80% ausschließen.

Prognoseintervall der BIP-Prognose

2006 und 2007; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Wahrscheinlichkeit für das Prognoseergebnis: ■ 50 % ... 90 %

Eigene Berechnungen.



bei nur moderat steigenden Lohnstückkosten verbessern. Hinzu kommt, dass die Dienstleistungsausfuhren durch die Fußball-Weltmeisterschaft einen gewissen Schub erhalten dürften³. Insgesamt erwarten wir eine Zunahme der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen um 8,5%. Im kommenden Jahr dürfte sie bei einer etwas ruhigeren Weltkonjunktur mit 7,2% geringer ausfallen.

³ Es wird geschätzt, dass ausländische Besucher der WM 0,5 bis 1 Mrd. € in Deutschland konsumieren (GfW 2004; Postbank 2005). Dies sind 0,4 bis 0,8% der deutschen Dienstleistungsexporte.

Tabelle 3

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland							
2005 bis 2007; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
	2005	2006 ^P	2007 ^P	2006 ^P		2007 ^P	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung¹							
Inlandsnachfrage	0,3	1,0	0,8	1,2	0,8	0,7	0,8
Konsumausgaben	0,0	0,4	0,0	0,2	0,7	-0,1	0,1
Private Haushalte ²	0,0	0,4	-0,3	0,0	0,7	-0,5	0,0
Staat	0,1	0,6	0,9	0,5	0,7	1,2	0,7
Anlageinvestitionen	-0,2	3,5	3,4	3,7	3,4	3,5	3,3
Ausrüstungen	4,0	6,0	5,8	5,5	6,4	6,0	5,6
Bauten	-3,4	1,3	1,1	2,6	0,1	1,1	1,0
Sonstige	1,8	5,1	5,4	0,6	9,4	6,0	4,8
Vorratsveränderung ³	0,3	0,0	0,0	-	-	-	-
Außenbeitrag ³	0,6	0,9	0,6	-	-	-	-
Exporte	6,3	8,5	7,2	9,8	7,2	7,6	6,9
Importe	5,3	7,3	6,7	9,7	5,1	6,4	7,0
Bruttoinlandsprodukt	0,9	1,8	1,3	1,7	1,9	1,6	1,1
Preise							
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,7	1,6	0,7	0,8	1,5	1,7
Konsumausgaben ²	1,3	1,4	2,2	1,7	1,2	2,2	2,2
Einfuhr	2,2	1,2	0,1	2,2	0,4	0,1	0,1
Einkommensverteilung							
Arbeitnehmerentgelt	-0,5	0,9	0,7	0,6	1,2	0,6	0,8
Gewinne ⁴	6,0	7,2	4,9	6,7	7,6	6,0	3,8
Volkseinkommen	1,5	3,0	2,1	2,7	3,3	2,5	1,8
Abgaben ⁵ ./ Subventionen	2,8	2,3	11,7	2,5	2,0	11,2	12,2
Nettonationaleinkommen	1,7	2,9	3,3	2,7	3,1	3,6	3,0
Abschreibungen	0,4	0,6	1,0	0,4	0,8	0,8	1,2
Bruttonationaleinkommen	1,5	2,6	3,0	2,3	2,8	3,2	2,8
Entstehung							
Erwerbstätige	-0,2	0,4	0,4	0,1	0,7	0,6	0,1
Arbeitszeit	0,3	0,1	-0,4	-0,3	0,5	-0,2	-0,6
Arbeitstage	-0,7	-0,7	-0,3	0,0	-1,3	-0,4	-0,1
Arbeitsvolumen	-0,6	-0,2	-0,3	-0,2	-0,1	0,1	-0,7
Produktivität	1,5	2,0	1,6	1,9	2,1	1,5	1,8
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,9	1,8	1,3	1,7	1,9	1,6	1,1
nachrichtlich:							
Erwerbslose ⁶ , in 1 000	3 893	3 570	3 470	3 865	3 275	3 685	3 255
Erwerbslosenquote, in %	9,1	8,4	8,2	9,1	7,7	8,7	7,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Real in Preisen des Vorjahres. – ²Private Haushalte einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Wachstumsbeitrag in %-Punkten. – ⁴Unternehmens- und Vermögenseinkommen. – ⁵Produktions- und Importabgaben. – ⁶In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO). – ^PEigene Prognose.

Die Einfuhren wuchsen im abgelaufenen Jahr real schwächer (5,3%) als die Ausfuhren, jedoch verstärkte sich die Expansion im Jahresverlauf mit anziehender Binnennachfrage insbesondere nach Investitionsgütern ebenfalls. Bei diesen beträgt die Importquote immerhin gut 30%. Für das laufende Jahr erwarten wir, dass aufgrund der stärker werdenden Binnennachfrage die Import-

te rascher (7,7%) ausgeweitet werden als bisher, während sich 2007 der Anstieg wieder verlangsamt (7,0%).

Die Einfuhren haben sich 2005 wegen der Entwicklung an den Rohstoffmärkten deutlich verteuert, im Jahresdurchschnitt um 2,4% (Waren), im Dezember sogar um etwa 7%. Die Durchschnittswerte der Ausfuhr stiegen hingegen lediglich um 0,7%. Die *terms of trade* haben sich somit um 1,4% verschlechtert. Dies dürfte im Prognosezeitraum anhalten, wenn auch schwächer werden, sofern – wie von uns unterstellt – die Rohstoffpreise nicht weiter steigen.

Insgesamt erwarten wir, dass die Außenwirtschaft in geringerem Maße zum BIP-Wachstum beiträgt als bisher; ihr Wachstumsbeitrag geht auf 0,9% in diesem und 0,6% im kommenden Jahr zurück (Tabelle 4).

2.2 Aufschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen festigt sich

Die Ausrüstungsinvestitionen haben 2005 weiter an Schwung gewonnen (4,0%). Mit der steigenden Auslandsnachfrage verbesserten sich die Absatzperspektiven, hinzu kamen günstige Finanzierungsbedingungen. Zunächst war die Nachfrage nach Fahrzeugen lebhaft, im Verlauf des Jahres wurden mehr Maschinen und Geräte angeschafft, auf die rund drei Viertel der Ausrüstungsinvestitionen entfallen. Dies weist darauf hin, dass mehr und mehr Unternehmen an Kapazitätsgrenzen stoßen.

Im Prognosezeitraum bleiben die Absatzerwartungen voraussichtlich günstig. Die Gewinnsituation wird sich wohl weiter verbessern, auch dank kaum steigender Lohnstückkosten. Zudem dürften sich die Zinsen nur wenig erhöhen. Stimulierend wirkt aller Wahrscheinlichkeit nach, dass, befristet auf zwei Jahre, die Sätze bei der degressiven Abschreibung von beweglichen Anlagegütern von 20% auf 30% erhöht wurden. Außerdem bleibt die Investitionszulage in den neuen Bundesländern erhalten. Da die Finanzierungsbedingungen gegenwärtig ohnehin günstig sind, rechnen wir für dieses Jahr jedoch vorwiegend mit Mitnahmeeffekten. Für 2007 sind größere Anstoßwirkungen wahrscheinlich, da bereits für 2008 die Rücknahme der Maßnahme angekündigt ist.

Bessere
Abschreibungs-
möglichkeiten
dürften
Ausrüstungen
anregen

Insgesamt erwarten wir für 2006 eine Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen um 6,0%, im kommenden Jahr um 5,8%. Die Investitionen in sonstige Anlagen werden sich voraussichtlich um 5,1% bzw. 5,4% erhöhen.

2.3 Rückgang der Bauinvestitionen scheint gestoppt

Bei den Bauinvestitionen war zwar im Jahresdurchschnitt von 2005 nochmals ein Rückgang zu verzeichnen, im Jahresverlauf stabilisierten sie sich aber.

Tabelle 4

Beitrag der Verwendungsaggregate¹ zum Wachstum des BIP							
2001 bis 2007; in %-Punkten							
	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ^P	2007 ^P
Inlandsnachfrage	-0,5	-1,9	0,6	0,6	0,3	1,0	0,7
Konsumausgaben	1,2	0,0	0,1	0,0	0,0	0,3	0,0
Private Haushalte	1,1	-0,3	0,1	0,3	0,0	0,2	-0,1
Staat	0,1	0,3	0,0	-0,3	0,0	0,1	0,2
Anlageinvestitionen	-0,8	-1,2	-0,1	0,0	0,0	0,7	0,6
Ausrüstungen	-0,3	-0,6	0,0	0,2	0,3	0,5	0,5
Bauten	-0,5	-0,6	-0,2	-0,2	-0,3	0,1	0,1
Sonstige	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-0,9	-0,6	0,6	0,6	0,3	0,0	0,0
Außenbeitrag	1,7	1,9	-0,8	1,1	0,6	0,9	0,6
Exporte	2,2	1,5	0,9	3,5	2,5	3,6	3,3
Importe	0,4	-0,4	1,7	2,4	1,9	2,7	2,7
BIP ²	1,2	0,1	-0,2	1,6	0,9	1,8	1,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Berechnet aus verketteten Volumenangaben in Preisen des Vorjahres (2000 = 100). – ²Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %. – ^PEigene Prognose.

Eine verbesserte Auftragslage und ein bemerkenswerter Anstieg der Baugenehmigungen sprechen dafür, dass im Prognosezeitraum erstmals seit 1999 wieder eine Zunahme zu verzeichnen sein wird.

Die *Wohnungsbauinvestitionen* wurden in der zweiten Hälfte 2005 spürbar ausgeweitet. Dies dürfte sich fortsetzen, wenn auch zunächst vorwiegend aufgrund von Sonderfaktoren: Bei Eigenheimen wurden offenbar, wie die steigenden Genehmigungszahlen andeuten, zur Sicherung der Eigenheimzulage Bauvorhaben vorgezogen. Manche private Bauherren dürften zudem bestrebt sein, Projekte noch 2006 abzuschließen, um von der noch geringeren Mehrwertsteuer und den sehr niedrigen Hypothekenzinsen zu profitieren. Vermehrt dürften bei anhaltend hohen Energiepreisen Modernisierungs- und Sanierungsarbeiten durchgeführt werden, zumal Maßnahmen zur CO₂-Minderung nun gefördert werden. Keine großen Wirkungen erwarten wir von der erweiterten Absatzbarkeit handwerklicher Bauleistungen. Im Mietwohnungsbau wirkt die Abschaffung der degressiven Abschreibung für Mietwohngebäude in beiden Jahren dämpfend. Alles in allem werden die Wohnungsbauinvestitionen in diesem Jahr voraussichtlich um 0,9% und 2007 um 0,5% zunehmen.

**Wohnungsbau
voraussichtlich
stärker durch
Modernisierung
geprägt**

Die Investitionen im *Wirtschaftsbau* sind 2005 zwar ein weiteres Mal deutlich gesunken (-1,9%). Zuletzt war allerdings auch hier eine Belebung erkennbar, die im Prognosezeitraum anhalten dürfte. Der Hochbau, auf den rund zwei

Drittel des gewerblichen Baus entfallen, profitiert von den steigenden Ausrustungsinvestitionen, wengleich dieser Zusammenhang im Laufe der letzten Jahre schwächer geworden ist. Da die Mieten für Gewerbeimmobilien nicht mehr sinken, könnte auch hier eine Wende eintreten. Günstig stellt sich die Situation im Tiefbau dar, da gewerbliche Anbieter im Energie-, Entsorgungs- und Verkehrsbereich die Infrastruktur ausbauen. Wir rechnen mit einer Zunahme der Investitionen im Wirtschaftsbau um 1,8% in diesem und 1,5% im kommenden Jahr.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* sind im vergangenen Jahr aufgrund der angespannten Haushaltslage nochmals zurückgegangen (-7,2%). Für den Prognosezeitraum zeichnet sich eine Zunahme ab, da sich die Finanzlage bei den Kommunen bessert. Hinzu kommt, dass der Bund in diesem und im kommenden Jahr jeweils 1 Mrd. € zusätzlich in die Verkehrsinfrastruktur investieren will. Außerdem haben auch die Kommunen Zugang zum CO₂-Gebäudesanierungsprogramm des Bundes. Wir erwarten, dass die öffentlichen Bauinvestitionen um 1,6% bzw. 2,6% zunehmen.

Für die Bauinvestitionen insgesamt prognostizieren wir damit nach dem Rückgang im Jahr 2005 um 3,4% einen Anstieg um 1,3% bzw. 1,1%.

2.4 Starker Einfluss der Finanzpolitik auf den privaten Konsum

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stagnierten 2005, im Jahresverlauf gingen sie sogar zurück und lagen im vierten Quartal 2005 um 0,9% unter denen des Vorjahres. Es gibt wenig Hoffnung, dass diese nun vierjährige Schwächephase im Prognosezeitraum überwunden wird. Die Einkommen der Arbeitnehmer dürften bei geringen Tariflohnsteigerungen und einer wohl nochmals negativen Lohndrift kaum zunehmen. Die Zahl der abhängig Beschäftigten dürfte sich zudem nur wenig erhöhen. Positiv wirkt sich allerdings aus, dass mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte erwartet werden, deren Einkommen im Allgemeinen höher sind als die der Inhaber von bei Mini- und Ein-Euro-Jobs. Bei der Bruttolohn- und -gehaltsumme ist insgesamt mit einem Zuwachs um 1% in diesem und um 1 bis 1,5% im kommenden Jahr zu rechnen. Netto dürfte der Anstieg wegen der Progression des Steuertarifs und des Abbaus von Steuervergünstigungen in diesem Jahr noch geringer ausfallen (0,9%). 2007 nehmen die Nettoeinkommen stärker zu, falls der Beitragssatz zur Sozialversicherung wie angekündigt um 1,6%-Punkte gesenkt wird⁴.

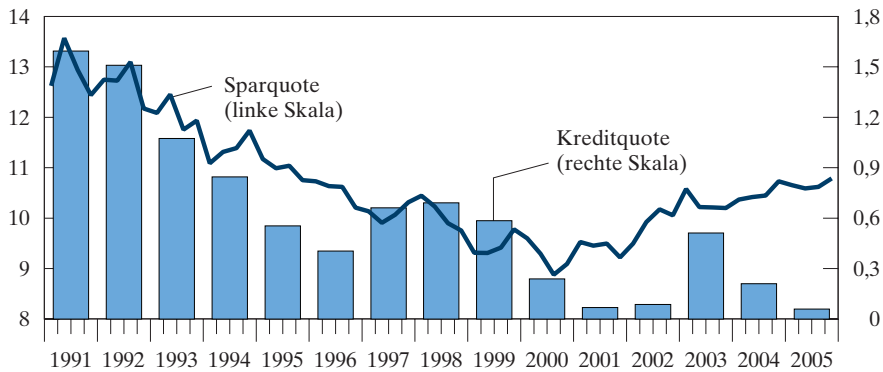
Deutlich geringer fallen voraussichtlich die Zuwächse bei den Transfereinkommen aus, da die Renten zur Jahresmitte 2006 und aller Wahrscheinlichkeit nach auch 2007 nicht steigen werden. Bei Leistungen an Hartz IV-Empfänger stehen zudem Kürzungen an. Höhere Transfers sind durch das neu eingeführ-

⁴ Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2%-Punkte und Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung um 0,4%-Punkte.

Schaubild 3

Spar- und Kreditquote¹ der privaten Haushalte

1991 bis 2005



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Deutschen Bundesbank. – ¹Sparen bzw. Veränderung der ausstehenden Kredite an wirtschaftlich unselbständige Privatpersonen (ohne Kredite für den Wohnungsbau) in % der verfügbaren Einkommen (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).



te Elterngeld zu erwarten. Insgesamt rechnen wir mit einem Zuwachs um rund 0,5% in beiden Jahren.

Bei den Entnahmen rechnen wir für 2006 und 2007 mit einem Anstieg um etwa 4%. Dabei expandieren die Vermögenseinkommen wegen der niedrigen Zinsen nur wenig, die Gewinne hingegen kräftig. Aus alledem ergibt sich für das verfügbare Einkommen ein erwarteter Zuwachs um 1,5% (2006) bzw. 2,25% (2007). Da der Preisanstieg ähnlich hoch sein dürfte, werden die Realeinkommen wohl mehr oder weniger stagnieren.

Ob die Konsumausgaben steigen, hängt unter diesen Vorzeichen von der Sparquote ab. Diese erhöhte sich seit 2000 um knapp 2%-Punkte auf zuletzt 10,8%, zum Teil wohl als Folge der unsicheren Einkommens- und Beschäftigungsaussichten. Sie ließ offenbar insbesondere die Verschuldungsbereitschaft der Haushalte spürbar sinken, was spiegelbildlich die Sparquote erhöhte (Schaubild 3). Als weiteren Grund macht die Deutsche Bundesbank (2005: 24–26) die größere Spreizung der Einkommen aus, da Haushalte mit höherem Einkommen auch eine höhere Sparquote aufweisen. Andererseits dürfte die Renten-Diskussion und die staatliche Förderung der sog. Riester-Rente den Anreiz zum Sparen erhöht haben⁵. Da für den Prognosezeitraum wenig Aus-

⁵ Um in den Genuss der vollen Förderung zu kommen, müssen 3% des Nettoeinkommens gespart werden. Unterstellt man ein Nettoeinkommen von 20 000 €, bedeutet dies bei derzeit 4,7 Mill. Verträgen (BMAS 2005), dass 2,8 Mrd. € im Jahr in Verträge zur Riester-Rente eingezahlt werden. Wenn nicht gleichzeitig andere Sparformen reduziert wurden, würde dies allein schon 0,2%-Punkte des Anstiegs der Sparquote in den letzten Jahren erklären.

sicht auf höhere Einkommenszuwächse oder bessere Beschäftigungschancen besteht und das Vorsorgesparen gerade angesichts der Nullrunden bei der gesetzlichen Rente noch attraktiver werden dürfte, halten wir einen Rückgang der Sparquote für wenig wahrscheinlich. Insofern dürfte der private Konsum in der Grundtendenz erneut stagnieren.

**Wenig Hoffnung
auf Ende der
Konsumschwäche**

Überlagert wird dies 2006 aber vermutlich dadurch, dass die Haushalte Käufe langlebiger Gebrauchsgüter wegen der Mehrwertsteuererhöhung vorziehen. Wir schätzen diesen Effekt auf 2 Mrd. € (vgl. Kasten 3), was zur Folge hat, dass die privaten Konsumausgaben 2006 leicht steigen (0,4%) und 2007 etwas zurückgehen (-0,3%).

Kasten 3

Führt die Mehrwertsteuererhöhung zu Vorzieheffekten?

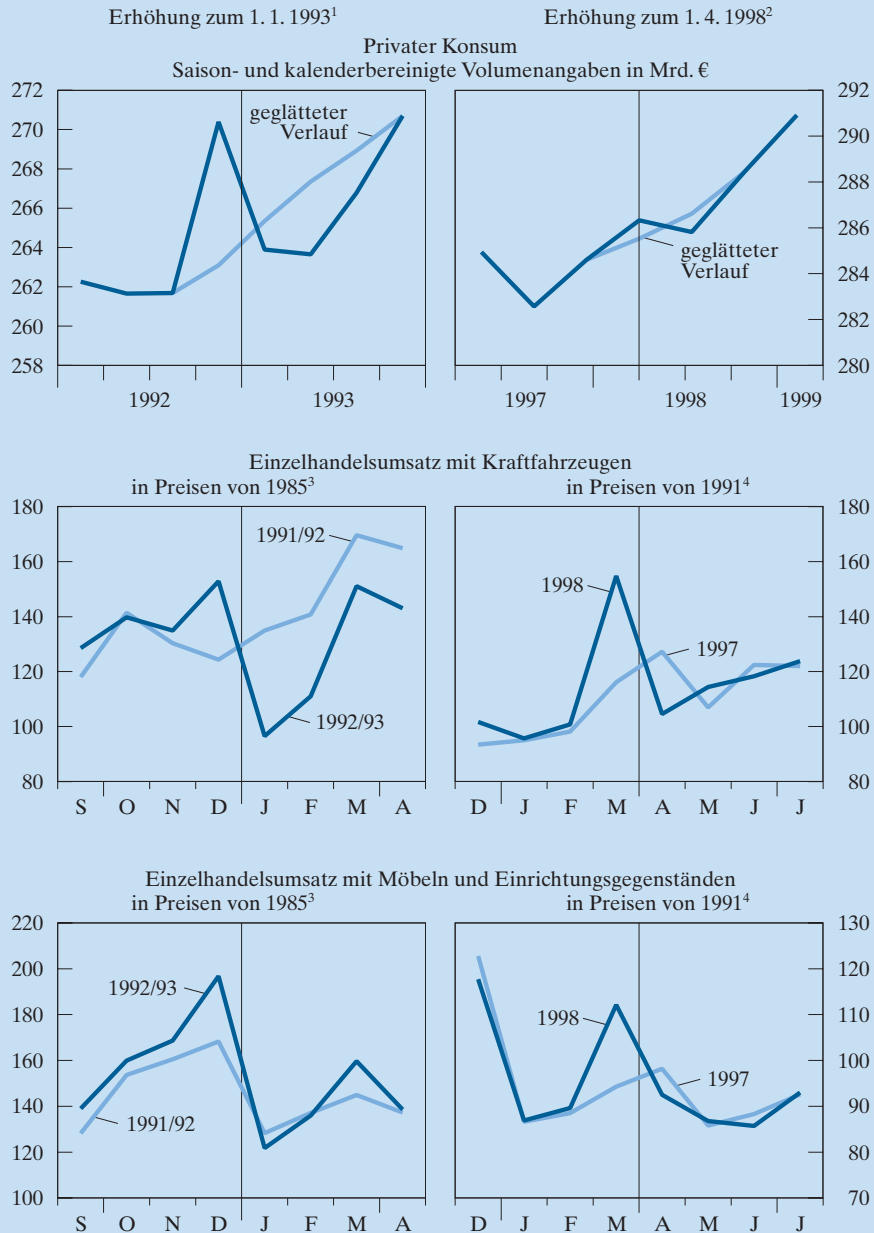
Der Regelsatz der Mehrwertsteuer soll zum 1. Januar 2007 um 3%-Punkte auf 19% angehoben werden. Eine derart deutliche Erhöhung dürfte die Wirtschaftssubjekte zu Ausweichreaktionen verleiten. Insbesondere ist zu vermuten, dass die privaten Haushalte geplante Käufe vorziehen, um von den noch niedrigeren Steuern zu profitieren. Da dies die Konsumausgaben 2006 stimulieren, 2007 aber dämpfen dürfte, ist für unsere Prognose wichtig, wie hoch solche Vorzieheffekte anzusetzen sind.

Aufschluss darüber können frühere Erhöhungen geben. Seit der Einführung 1968 wurde der Regelsatz der Mehrwertsteuer mehrmals angehoben, zuletzt zum 1.1.1993 und zum 1.4.1998 um jeweils 1%-Punkt – also deutlich weniger als für 2007 geplant. Einen ersten Anhaltspunkt für die Bedeutung von Verlagerungen kann der saison- und arbeitstägliche Verlauf der privaten Konsumausgaben geben. Er weist im jeweils letzten Quartal vor der Anhebung eine Spitze auf, die 1992 ausgeprägter war als 1998. Im jeweils folgenden Quartal – 1993 sogar in drei Quartalen – waren die Konsumausgaben entsprechend niedriger. Aus diesen Verläufen kann man einen Vorzieheffekt von etwa 7 Mrd. € (1992/93) bzw. 1 Mrd. € (1998) ableiten.

Um diese große Spannweite einzuengen, werden die Ausgaben für Güter betrachtet, bei denen Vorzieheffekte besonders plausibel erscheinen: der Kauf von Kraftfahrzeugen und von Möbeln. In den betreffenden Einzelhandelssparten lagen die Umsätze im Monat vor der Steuererhöhung im Schnitt rund 20% über dem entsprechenden Vorjahresmonat. In den benachbarten Monaten bewegten sie sich in etwa auf Vorjahresniveau, wenn nicht darunter. Im Jahr 2004 gaben deutsche Konsumenten rund 100 Mrd. € für die Anschaffung von Möbeln und Kraftfahrzeugen aus. Würden 2006 ebenfalls 20% eines Monatsumsatzes zeitlich vorgezogen, so ergäbe sich ein Vorzieheffekt von etwa 1,5 Mrd. €.

Diesmal dürfte aber einerseits der Anreiz, Käufe vorzuziehen, erheblich größer sein, da die Steuer stärker angehoben wird. Andererseits setzen die Einkommen einem Vorziehen von Käufen Grenzen. In der Vergangenheit sank vor den Mehrwertsteuererhöhungen die Sparquote nicht. Dies müsste jedoch der Fall sein, wenn es sich bei den vorgezogenen Käufen um zusätzliche Ausgaben handelt. In Abwägung dieser Argumente haben wir in unserer Prognose einen Vorzieheffekt von 2 Mrd. € unterstellt, um den sich die privaten Konsumausgaben im vierten Quartal 2005 erhöhen und um den sie sich in den Folgequartalen vermindern werden.

Vorzieheffekte früherer Mehrwertsteuererhöhungen



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Von 14 auf 15% (allgemeiner Satz). – ²Von 15 auf 16% (allgemeiner Satz). – ³Westdeutschland; 1986 = 100. – ⁴1995 = 100

3. Produktion und Arbeitsmarkt

3.1 Zunahme der Produktion schwächt sich 2007 ab

Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion verstärkte sich 2005. Im Schlussquartal lag das (saison- und arbeitstäglich bereinigte) BIP um 1,6% über dem im vierten Quartal des Vorjahres; 2004 hatte die entsprechende Rate nur 0,5% betragen. Besonders kräftig (+ 3,3%) wuchs die Industrieproduktion aufgrund der lebhaften Auslandsnachfrage. Schwach blieben hingegen die Binnenkräfte, insbesondere die Bauproduktion und der Einzelhandel.

Allerdings mehrten sich die Anzeichen, dass die Konjunktur inzwischen auf soliderem Fundament steht. Die Auftragsbestände haben sich in nahezu allen Branchen erhöht, selbst wenn der Bestelleingang im Dezember teilweise rückläufig war. In der jüngsten Befragung des DIHK (2006: 23–34) äußerten mehr Unternehmen als zuletzt, dass sie verstärkt investieren und Neueinstellungen vornehmen möchten. Für 2006 erwarten wir daher eine Stärkung der Binnenkräfte, auch wenn die Produktion in den verbrauchsnahen Bereichen vorerst noch schwach bleiben dürfte. Gewisse Impulse werden von der Fußballweltmeisterschaft und vorgezogenen Käufen wegen der angekündigten Mehrwertsteuererhöhung erwartet. Im Jahresdurchschnitt dürfte das BIP um 1,8% (arbeitstäglich bereinigt: 2,0%) zunehmen. Im Jahresverlauf verstärkt sich die Expansion. Im vierten Quartal dürfte das BIP um gut 2,5% über dem entsprechenden Vorjahreswert liegen.

Im kommenden Jahr wird die Industrieproduktion, da Auslandsnachfrage und Investitionen die bestimmenden Kräfte der Konjunktur bleiben, voraussichtlich erneut kräftig zulegen. In den Konsumgütersektoren hingegen dürften sich die dämpfenden Wirkungen der Finanzpolitik bemerkbar machen. Insbesondere im Einzelhandel und bei den verbrauchsnahen Dienstleistungen erwarten wir einen erneuten Rückgang der Wertschöpfung. Im Baugewerbe sind die Bedingungen für einen weiteren Anstieg der Produktion günstig. Insgesamt erwarten wir eine Zunahme des BIP um 1,3% (arbeitstäglich bereinigt: 1,5%).

3.2 Leichte Belebung am Arbeitsmarkt

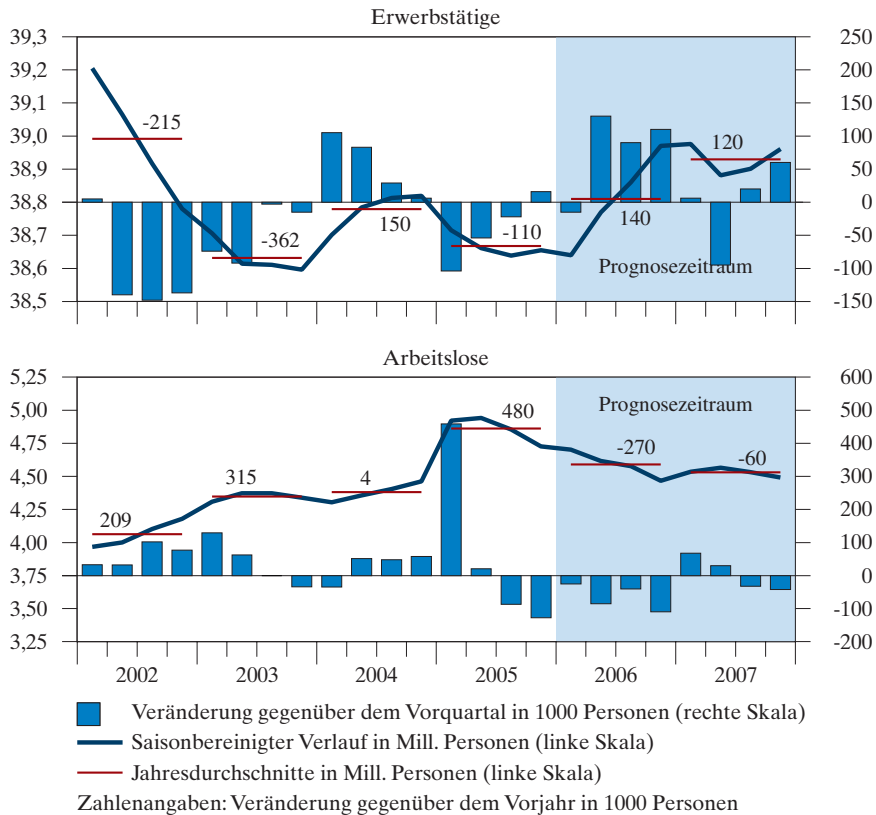
Für den Arbeitsmarkt ergibt sich seit der Jahresmitte 2005 ein etwas günstigeres Bild. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg nach vorläufigen Daten seit August wieder deutlich, vor allem bei den unternehmensnahen Dienstleistungen und im Sektor Verkehr und Nachrichtenübermittlung. In der Industrie und im Baugewerbe wurde der zuvor kräftige Rückgang spürbar gebremst.

In den Erwerbstätigenzahlen kam diese Besserung noch nicht zum Ausdruck. Die Zahl der erwerbstätigen Inländer nahm in der Tendenz vielmehr bis Ende

Schaubild 4

Erwerbstätige und Arbeitslose

2002 bis 2007; saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.



2005 ab, im Jahresdurchschnitt um 110 000. Vor allem Minijobs und Ich-AGs verloren an Zuspruch. Besonders deutlich sank die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten. Zum Teil mag dies eine Normalisierung nach dem überaus kräftigen Anstieg 2004 darstellen. Möglicherweise werden auch deshalb weniger Minijobs nachgefragt, weil sich das Angebot an besser bezahlten Arbeitsplätzen erhöht. Schließlich könnten manche Empfänger von ALG II ihre Minijobs aufgeben haben, da Ein-Euro-Jobs ihnen bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten bieten. Daten dazu liegen aber noch nicht vor.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt wieder zu

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz							
2001 bis 2007; Jahresdurchschnitte in 1000 Personen							
	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ^P	2007 ^P
Erwerbspersonenpotenzial	44 590	44 660	44 770	44 950	45 025	45 020	45 050
Erwerbstätige Inländer ¹	39 208	38 990	38 632	38 780	38 668	38 830	38 960
Selbständige ¹	3 984	4 002	4 070	4 218	4 355	4 440	4 520
Ich-AGs	x	x	36	153	240	230	237
Arbeitnehmer ¹	35 224	34 988	34 562	34 562	34 313	34 390	34 440
darunter:							
Kurzarbeiter	123	207	196	151	126	85	100
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 112	4 148	4 322	4 742	4 721	4 570	4 550
AB-Maßnahmen	167	134	96	86	47	30	20
Struktur Anpassungsmaßnahmen	77	60	56	32	11	0	0
Personal-Service-Agenturen	x	x	9	29	17	5	0
„Ein-Euro-Jobs“	x	x	x	12	220	350	370
Stille Reserve	1 529	1 609	1 761	1 789	1 496	1 600	1 560
darunter:							
Weiterbildung	352	340	260	184	112	105	110
Deutschlehrgänge	25	25	23	18	5	0	x
Rehabilitationsmaßnahmen ²	42	38	46	43	35	35	30
Trainingsmaßnahmen ³	x	x	x	95	70	85	85
Leistungsempfänger nach § 428 SGB III ⁴	225	292	371	395	235	250	180
Registrierte Arbeitslose (nationale Abgrenzung)	3 853	4 061	4 377	4 381	4 861	4 590	4 530
darunter:							
Langzeitarbeitslose	1 354	1 369	1 521	1 681	1 807	1 700	1 750
Teilzeitarbeitsuchende	352	371	394	390	500	508	500
Jugendliche unter 25 Jahren	444	497	516	504	610	560	540
Ausländer	465	505	548	550	670	650	650
55 Jahre und älter	714	604	532	483	570	590	660
Erwerbslose (Abgrenzung der ILO ^{4,5})	2 900	3 229	3 703	3 931	3 893	3 570	3 470
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ⁶	8,9	9,4	10,2	10,2	11,2	10,6	10,4
Erwerbslosenquote ⁶	6,9	7,6	8,7	9,2	9,1	8,4	8,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. – ¹Berechnet aus Quartalsdaten. – ²Nur berufsfördernde Maßnahmen zur Wiedereingliederung. – ³Trainings- und Wiedereingliederungsmaßnahmen; vor 2004 waren sie in den Arbeitslosenzahlen enthalten. – ⁴58-jährige und ältere Personen, die der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen müssen (frühere 58-er-Regelung). – ⁵International Labour Organization. – ⁶Bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. – ^PEigene Prognose; Angaben gerundet.

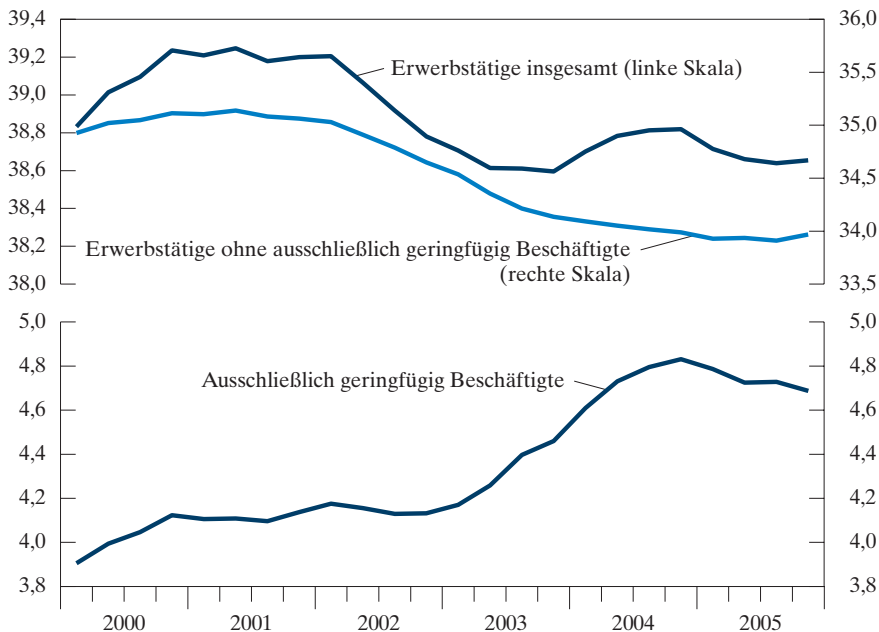
Die Zahl der Arbeitslosen nahm saisonbereinigt seit dem Frühjahr 2005 ab, zunächst vor allem aufgrund der forcierten Bereitstellung von Ein-Euro-Jobs. Bereinigt um diesen Effekt geht die Zahl der Arbeitslosen erst seit dem Spätsommer verstärkt zurück. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Januar 2006 ist wohl zum Teil darauf zurückzuführen, dass auffällig viele ältere Arbeitnehmer entlassen wurden. Ihnen sollte anscheinend der Bezug von Arbeitslosengeld nach der alten Regelung ermöglicht werden; am 1. Februar 2006 trat die Verkürzung der Bezugsdauer in Kraft.

Im Prognosezeitraum wird sich die Lage am Arbeitsmarkt voraussichtlich weiter bessern, zumal wir davon ausgehen, dass die Löhne erneut nur moderat

Schaubild 5

Erwerbstätige und ausschließlich geringfügig Beschäftigte

2000 bis 2005; in Mill.



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.



steigen und die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung 2007 gesenkt werden. In mehr und mehr Branchen dürfte es bei der erwarteten Produktionsausweitung zu Engpässen beim Personal kommen. Deshalb wird sich der Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten voraussichtlich verstärken. Die Lage bei den Minijobs ist schwierig einzuschätzen, da die Gründe der jüngsten Abnahme noch nicht klar sind. Wir unterstellen in unserer Prognose, dass der Rückgang allmählich ausläuft. Bei den Ein-Euro-Jobs, von denen es bereits mehr als 300 000 gibt, erwarten wir eine nur noch geringe Zunahme auf 370 000 zur Jahresmitte mit anschließender Stagnation, da vermehrt die Gefahr gesehen wird, dass sie reguläre Arbeitsplätze verdrängen.

Die Zahl der Ich-AGs ist leicht rückläufig, seit Gründer ein schlüssiges Unternehmenskonzept vorgelegen müssen. Zur Jahresmitte 2006 soll über die Zukunft dieses Förderinstrumentes entschieden werden. Es zeichnet sich ab, dass es mit dem Überbrückungsgeld zusammengelegt wird, das weitgehend positiv evaluiert wurde (Bundesregierung 2006: 187–200). Wir gehen davon aus, dass die Förderung einer Existenzgründung durch Arbeitslose nicht eingeschränkt wird. Für die Zahl der Selbständigen bedeutet dies eine weitere Zunahme.

Wir erwarten, dass die Zahl der Erwerbstätigen (Inländer) 2006 um 140 000 zunimmt, im kommenden Jahr um 120 000. Einerseits macht die angekündigte Senkung der Sozialbeiträge Neueinstellungen attraktiver, andererseits wächst die Produktion voraussichtlich langsamer.

Die Arbeitslosigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt 2006 um 270 000 und damit stärker zurückgehen, als die Erwerbstätigkeit steigt. Dies ergibt sich schon aus einem Unterhang von 165 000, der entstand, weil die Zahl der Arbeitslosen im Verlauf von 2005 sehr kräftig fiel. Zudem macht sich die für 2006 unterstellte erneute Abnahme der Zahl der geringfügig Beschäftigten zwar vollständig bei den Erwerbstätigen, aber nur zum Teil bei den registrierten Arbeitslosen bemerkbar, da viele der Betroffenen in die Stille Reserve zurückgehen dürften. 2007 dürfte die Zahl der Arbeitslosen um 60 000 sinken. Dabei spielt neben der schwächeren Konjunktur eine Rolle, dass die dem Vorruhestand ähnliche Regelung des § 423 SGB III nach der jetzigen Gesetzeslage ausläuft⁶.

4. Löhne und Preise

4.1 Geringe Lohnsteigerungen

Die Tarifverdienste stiegen 2005 im Durchschnitt um 0,9% – die niedrigste Rate seit Einführung der Statistik für Gesamtdeutschland 1995⁷. Die Laufzeit der Verträge betrug 25,7 Monate, so lange wie nie seit der Wiedervereinigung. Damit sind in zahlreichen Branchen die Steigerungen für 2006 und oft auch für 2007 bereits festgeschrieben. Der erste größere Abschluss für 2006 (Einzelhandel Berlins, Ostdeutschlands und Nordrhein-Westfalens) sieht für immerhin fast 800 000 Arbeitnehmer Steigerungen von nur 1,0% vor. Verhandelt wird derzeit in der Metall- und Elektroindustrie, dem mit 3,5 Mill. Arbeitnehmern größten Tarifbereich. Selbst wenn hier ein Abschluss über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt wahrscheinlich ist, dürften die Tariflöhne (unter Anrechnung von „Nullmonaten“) 2006 nur um 1,1% und 2007 um 1,3% steigen.

**Laufzeit der
Tarifverträge
deutlich
verlängert**

Die Tarifrunde 2005 brachte Fortschritte bei der Flexibilisierung der Entlohnung und der Öffnung der Tarifverträge bei Gehalt und Arbeitszeit. So sehen die Abschlüsse in der Chemischen Industrie und im Einzelhandel vor, dass vereinbarte Einmalzahlungen bei ungünstiger Wirtschaftslage verringert, im

⁶ Dann dürften erwerbslose Personen über 58 Jahre, die nach der derzeitigen Regelung als dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehend angesehen werden, wieder als Arbeitslose registriert werden.

⁷ Nach Berechnungen des WSI (2006) betrug die im gleichen Jahr wirksame Anhebung der 2005 abgeschlossenen Verträge 1,7%, während der BDA (2006) einen Anstieg um 1,5% errechnet.

Einzelhandel bei guter Konjunktur aber auch erhöht werden können. In der Druckindustrie, wurden die Zuschläge für Überstunden und Samstagsarbeit gekürzt. Jedoch beklagt der Arbeitgeberverband, dass vereinbarte Regeln nicht oder nur unter Schwierigkeiten angewendet werden (BDA 2006: 41).

Die Flexibilisierungen und Öffnungsklauseln trugen neben der wachsenden Bedeutung von Ein-Euro-Jobs zu einer auch 2005 negativen Lohndrift bei⁸. Daran dürfte sich im Prognosezeitraum wenig ändern. Allerdings dürften die Abschläge von den Tariflohnsteigerungen mit der besseren Konjunktur insbesondere 2006 geringer werden. Die Effektivlöhne dürften damit um 0,7% in diesem und um 1,1% im kommenden Jahr ansteigen.

4.2 Preisanstieg durch Energieverteuerung und höhere Mehrwertsteuer geprägt

Die Inflation wird gegenwärtig wesentlich von den Energiepreisen bestimmt. Diese waren am Jahresbeginn 2006 um mehr als 15% höher als vor einem Jahr. Heizöl verteuerte sich um 32%, die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme um 23% und Gas um 19%. Rund zwei Drittel des Verbraucherpreisanstiegs von 2,1% im Vorjahr lässt sich rein rechnerisch auf die Energieverteuerung zurückführen (Schaubild 6). Die konjunkturabhängigen Preise, die wir als Maß der Kerninflation ansehen, erhöhten sich nur um etwa 0,5%. Dies weist darauf hin, dass Produzenten und Händler angesichts der schwachen Konsumgüternachfrage ihre gestiegenen Energie- und Materialkosten nur in geringem Umfang überwälzen konnten. Dämpfend auf den Preisanstieg wirkten sinkende Preise importierter Fertigwaren und weiter rückläufige Lohnstückkosten.

In den nächsten Monaten wird die Teuerung kaum geringer werden, da der Rohölpreis hoch bleiben dürfte und die Gaspreise sowie die Heizkostenumlagen an die Mineralölpreise angepasst werden. Im weiteren Jahresverlauf wird die Inflation aber geringer, sofern die Energiepreise in der zweiten Jahreshälfte den Vorjahresstand nicht mehr überschreiten und die EZB einem Anstieg der Inflationsrisiken entgegentritt. Am Jahresende dürfte die Teuerung nur noch knapp 1,5% betragen. Möglicherweise ziehen dann die Preise für langlebige Gebrauchsgüter im Vorgriff auf die Mehrwertsteuererhöhung bereits etwas an.

Zu Jahresbeginn 2007 dürfte die Inflationsrate empor-schnellen. Die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer von 16 auf 19% trifft etwa die Hälfte der von den Haushalten getätigten

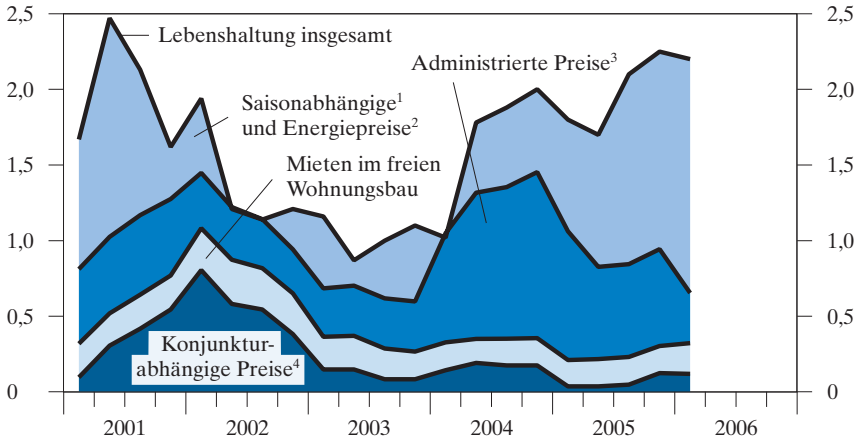
Höhere
Mehrwertsteuer
dürfte Inflation
2007 um 1%-Punkt
steigern

⁸ Nach einer Berechnung des Statistischen Bundesamtes (2006) stiegen die Verdienste je Arbeitnehmer 2005 einschließlich Ein-Euro-Jobs um 0,4%, ohne diese jedoch um 0,8%. Die Differenz zum Tariflohnanstieg von 1,3%, die ein Maß für die Lohndrift ist, lässt sich fast zur Hälfte durch die Einführung der Ein-Euro-Jobs erklären.

Schaubild 6

Beitrag der Preiskomponenten zur Teuerung der Lebenshaltung

2001 bis 2006; in %-Punkten



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Preise für Nahrungsmittel, Getränke (ohne Spirituosen) und für Blumen. – ²Preise für Haushaltenergie und Kraftstoffe. – ³Mieten im sozialen Wohnungsbau, Medikamente, Dienstleistungen der Ärzte und Krankenhäuser, Tarife für öffentliche Verkehrsleistungen (außer Bahn- und Flugreisen), Brief- und Paketbeförderung der Post, Pkw-Gebühren, Rundfunk- und Fernsehgebühren, Preise für Theater, Bäder, Volkshochschulen, Kindergärten und sonstige kommunale Gebühren, Preise für Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung an freiwillige Beitragszahler sowie Preise für Tabakwaren und Spirituosen. – ⁴Preise für Bekleidung, Schuhe, Möbel, Haushaltsgeräte sowie andere Waren und Dienstleistungen, soweit nicht in anderen Gruppierungen enthalten. – Zahlen für das erste Quartal 2006 zum Teil geschätzt.

Käufe⁹. Bei voller Überwälzung könnte die höhere Steuer die Inflationsrate um 1,35%-Punkte steigen lassen¹⁰. Dämpfend auf den Preisanstieg dürfte aber wirken, dass die Unternehmen zugleich bei den Sozialbeiträgen entlastet werden. Per saldo rechnen wir deshalb mit einer Steigerung um 1%-Punkt. Die Inflationsrate dürfte dann zeitweise über 2,5% liegen, sich aber wieder verringern. Dabei spielt eine wesentliche Rolle, dass die Überwälzungsmöglichkeiten aufgrund der schwachen Konsumnachfrage wohl begrenzt sind. Für den Jahresdurchschnitt 2007 rechnen wir mit einer Teuerung um 2,3%, nach 1,7% 2006.

⁹ Der ermäßigte Satz soll unverändert bleiben. Wohnungsmieten und eine Reihe staatlicher Dienstleistungen sind nicht mehrwertsteuerpflichtig.

¹⁰ Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (2005) bewirkt eine Anhebung der Mehrwertsteuer um 1%-Punkt bei voller Überwälzung einen Anstieg der Inflationsrate um 0,45%-Punkte.

5. Lage der öffentlichen Haushalte entspannt sich

Der Finanzpolitik ist es auch im vergangenen Jahr nicht gelungen, die Defizitquote unter die im Vertrag von Maastricht festgelegte 3%-Grenze zu senken. Zwar konnte der Anstieg der Staatsausgaben relativ eng begrenzt werden, weil Mehrausgaben für die Grundsicherung von Arbeitslosen in Höhe von 11 Mrd. € (SVR 2005: Zf. 336–345) Einsparungen bei Subventionen, Transfers und Entgelten im öffentlichen Dienst gegenüberstanden. Das schwache Wachstum belastete aber die öffentlichen Haushalte. Zudem wurde die Steuer- und Abgabenbelastung verringert. Das Defizit sank daher nur wenig von 81 auf 74,5 Mrd. € bzw. von 3,7 auf 3,3% in Relation zum BIP. Im Prognosezeitraum wird sich die Haushaltslage voraussichtlich entspannen. Dazu werden insbesondere im kommenden Jahr erhebliche Steuererhöhungen und der Abbau weiterer Steuervergünstigungen beitragen. Einsparungen auf der Ausgabe Seite werden jedoch weiterhin bescheiden bleiben.

Die Steuereinnahmen expandieren 2006 voraussichtlich um 1,7%. Das Umsatzsteuer- und das Lohnsteueraufkommen dürften konjunkturbedingt stärker zunehmen. Gerade das Lohnsteueraufkommen war zuletzt auch durch Steuerentlastungen gedrückt worden. Bei den ertragsabhängigen Steuern, die 2005 aufgrund von Nachzahlungen besonders kräftig flossen, ist hingegen nur eine geringe Steigerung zu erwarten. Zwar wurden – wie in der konjunkturpolitischen Chronik (www.rwi-essen.de/kchronik) dargelegt – Steuervergünstigungen im Umfang von 4 Mrd. € abgeschafft. Gleichzeitig wurden aber neue Steuererleichterungen (2,8 Mrd. €) eingeführt. U.a. wurden die Abschreibungsregelungen großzügiger ausgestaltet¹¹. Zudem dürfen künftig auch private Aufwendungen für die Erhaltung und Modernisierung von Wohnimmobilien sowie für die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen steuermindernd geltend gemacht werden.

2007 wird das Steueraufkommen voraussichtlich um 7% zunehmen, vor allem weil der Regelsatz der Mehrwert- und die Versicherungsteuer um jeweils 3%-Punkte auf 19% erhöht werden (erwartete Mehreinnahmen: 24,5 Mrd. €). Zudem wird der Spitzensteuersatz für besonders hohe nichtgewerbliche Einkommen („Reichensteuer“) angehoben (1,2 Mrd. €). Die Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen führen – wenn man von möglichen Ausweichreaktionen absieht – zu Mehreinnahmen von knapp 8 Mrd. € (konjunkturpolitische Chronik).

Das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung dürfte 2006 um 0,4% expandieren. Dazu trägt neben steigenden Löhnen und Gehältern bei, dass künftig

¹¹ Bei beweglichen Anlagegütern, die 2006 und 2007 angeschafft werden, wird der maximale Abschreibungssatz von 20 auf 30% angehoben. Auf diesem Weg sollen die Unternehmen entlastet werden, bis die für 2008 geplante Reform der Unternehmensbesteuerung in Kraft tritt.

Tabelle 5

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 1991 bis 2007; in % des nominalen BIP								
	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Zins-Steuer-Quote ²
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozial-beiträge		Zins-ausgaben	Brutto-investitionen		
1991	43,4	22,0	16,8	46,3	2,7	2,6	-2,9	12,2
1992	44,8	22,4	17,2	47,2	3,1	2,8	-2,5	14,1
1993	45,2	22,4	17,7	48,2	3,2	2,7	-3,0	14,3
1994	45,6	22,3	18,2	47,9	3,2	2,5	-2,3	14,2
1995 ^a	44,9	21,9	18,3	48,1	3,5	2,2	-3,2	15,9
1996	46,0	22,4	19,0	49,3	3,5	2,1	-3,3	15,5
1997	45,7	22,2	19,2	48,4	3,4	1,8	-2,6	15,3
1998	45,9	22,7	18,9	48,0	3,4	1,8	-2,2	14,8
1999	46,6	23,8	18,7	48,1	3,1	1,9	-1,5	13,2
2000 ^b	46,4	24,2	18,3	47,6	3,2	1,8	-1,2	13,0
2001	44,7	22,6	18,2	47,6	3,1	1,7	-2,8	13,5
2002	44,3	22,3	18,1	48,1	2,9	1,7	-3,7	13,2
2003	44,4	22,3	18,2	48,4	3,0	1,5	-4,0	13,4
2004	43,2	21,7	17,8	46,9	2,8	1,4	-3,7	13,1
2005	43,4	21,9	17,7	46,7	2,8	1,3	-3,3	12,9
2006 ^P	42,8	21,7	17,3	45,6	2,8	1,3	-2,8	12,9
2007 ^P	42,7	22,8	16,3	44,7	2,8	1,3	-2,0	12,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹In der Abgrenzung der VGR. – ²Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen. – ³Ohne Vermögens-transfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo –119,6 Mrd. €). – ^bOhne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. €). – ^PEigene Prognose.

bereits ab einem Stundenlohn von 25 € Abgaben auf Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit entrichtet werden müssen und die Pauschalabführung für geringfügig Beschäftigte von 25 auf 30% steigt. Die in der Gesetzlichen Rentenversicherung an sich erforderliche Anhebung des Beitragssatzes wurde dadurch vermieden, dass der Zahlungstermin für die Sozialbeiträge um einen halben Monat vorgezogen wurde.

Im kommenden Jahr dürfte das Beitragsaufkommen um 2,7% abnehmen, weil der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5% gesenkt werden wird. Der zur Rentenversicherung steigt von 19,5 auf 19,9%. Für die Gesetzliche Krankenversicherung unterstellen wir keine höheren Beiträge. Freilich setzt dies voraus, dass der verhängte Preisstopp bei Arzneimitteln in ausreichendem Maße zu Einsparungen führt. Da jedoch der Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen der Krankenversicherung 2007 von 4,2 Mrd. € auf 1,5 Mrd. € verringert werden soll, ist fraglich, ob dies ausreicht.

Tabelle 6

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹
 Haushaltsent- (+) und -belastungen (-) in Mrd. € gegenüber 2005

	2006	2007
Abgabenänderungen		
Anhebung des Normalsatzes der Umsatzsteuer von 16 auf 19%	-	22,8 ^a
Erhöhung der Versicherungsteuer von 16 auf 19%	-	1,7
Anhebung des Einkommensteuerspitzenatzes für nichtgewerbliche Einkünfte von 42 auf 45%	-	1,2
Erbschaftsteuerbefreiung bei mindestens 10-jähriger Weiterführung des Unternehmens	-	-0,4
Bekämpfung von Steuerbetrug	0,3	0,6
Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2%-Punkte	-	-15,0 ^a
Anhebung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 0,4%-Punkte	-	3,0 ^a
Begrenzung der Sozialbeitragsfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge, Erhöhung der Pauschalabgabe für geringfügig Beschäftigte im gewerblichen Bereich	0,3	0,5
Abbau von Steuervergünstigungen		
Beschränkung der Verlustverrechnung im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen	0,6	1,6
Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm ²	0,0	0,6
Gesetz zur Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen ³	0,3	0,6
Abschaffung der Eigenheimzulage	0,2	1,5
Sonstiger Abbau von Steuervergünstigungen ⁴	2,9	7,5
Ausgabenänderungen		
Einsparungen durch Personalabbau und Kürzung von Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst	2,5	2,5
Einsparungen bei Hartz IV ⁵ und Effizienzgewinne bei der Bundesagentur für Arbeit	5,2	6,0
Aufstockung des Arbeitslosengelds II in Ostdeutschland auf Westniveau	-0,3	-0,3
Gesetz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung	1,0	1,3
Abbau von Mitteln der regionalen Wirtschaftsförderung und von Agrarsubventionen	0,3	1,0
Programm „Impuls für Wachstum, Beschäftigung und Familie“		
Befristete Anhebung der degressiven Abschreibung für bewegliche Anlagegüter	-1,1	-3,8
CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm	-1,5	-1,5
Anhebung der Umsatzsteuergrenzen für die Umsatz-Ist-Besteuerung	-1,2	-0,3
Haushalt als Arbeitgeber ⁶	-0,5	-1,7
Aufstockung der Forschungsausgaben	-0,8	-1,3
Erhöhung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur	-1,0	-1,0
Einführung eines einkommensabhängigen Elterngelds	-	-1,0
Insgesamt	7,2	26,4

¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen. – ²Abschaffung des Freibetrags für Abfindungen und Übergangsgelder, Wegfall des Freibetrags für Heirats- und Geburtsbeihilfen des Arbeitgebers, Abschaffung der degressiven Abschreibung für Mietgebäude (Neufälle), Wegfall des Sonderausgabenabzugs für private Steuerberatungskosten. – ³U.a. Anpassung der Gewinnermittlung bei Wertpapieren, Beschränkung der 1%-Regelung auf Fahrzeuge des notwendigen Betriebsvermögens. – ⁴Streichung der Pendlerpauschale für die ersten 20 km, Reduzierung des Sparerfreibetrags, Abschaffung der Steuerfreiheit bei Bergmannsprämien, Wegfall der Steuerbefreiung für Biodiesel sowie sonstige Maßnahmen (Haushaltsbegleitgesetz 2004, Umsetzung der Protokollerklärung der Bundesregierung zum Vermittlungsverfahren zum Steuervergünstigungsabbaugesetz; Steuervergünstigungsabbaugesetz 2003). – ⁵Verringerung der Schonvermögen bei ALG II-Bezug, Kürzung der Leistungen an unter 25-jährige ALG II-Bezieher, Missbrauchbekämpfung beim Bezug von ALG II. – ⁶Erweiterte steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen, erwerbsbedingten Kinderbetreuungskosten sowie erwerbsbedingten Pflege- und Betreuungskosten. – ^aVolle Jahreswirkung.

Die übrigen Einnahmen des Staates werden im laufenden Jahr aller Voraussicht nach vorübergehend sinken¹². Sie waren im Vorjahr überhöht, weil einige Bundesländer von ihren Landesbanken rückwirkend Zinsen auf das ihnen übertragene Vermögen erhielten. Insgesamt dürften die Staatseinnahmen in diesem Jahr um 1%, und im kommenden um 2,9% zulegen.

Die Staatsausgaben werden 2006 voraussichtlich stagnieren und 2007 um 1,0% expandieren, real also sinken. Aufgrund der zurückhaltenden Ausgabenpolitik wird sich die Staatsquote auf knapp 45% verringern – ein zuletzt vor der Wiedervereinigung erreichtes Niveau. Dazu tragen mehrere Faktoren bei: Im öffentlichen Dienst gehen der Personalabbau und die Verringerung von Sonderzahlungen weiter. Die Vermögenstransfers sinken aufgrund der Abschaffung der Eigenheimzulage und der verringerten Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung und die Agrarsubventionen werden gekürzt. Für Steinkohle werden aufgrund der höheren Weltmarktpreise geringere Beihilfen fällig. Schließlich dürfte ein Preismoratorium für Arzneimittel und ein Zwangsrabatt von 10% für Generika, beides auf 2 Jahre befristet, die Sachausgaben dämpfen.

Staatsausgaben
dürften real
zurückgehen

Die monetären Sozialleistungen werden in diesem Jahr voraussichtlich leicht sinken (–0,3%). Die Rentenzahlungen nehmen nur durch eine größere Zahl von Beziehern zu, die Rentenanpassung zur Jahresmitte fällt aus. Die Arbeitsmarktausgaben dürften abnehmen, zum Teil weil sich die Arbeitsmarktlage aufhellt, vor allem aber, weil die Bezugsdauer von ALG I gekürzt, die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik weiter reduziert und die Kriterien für den Bezug von ALG II verschärft wurden. Zudem dürften eine wirkungsvollere Bekämpfung des Missbrauchs und verbesserte Verwaltungsabläufe zu Einsparungen führen. Geringe Mehrausgaben fallen an, weil der Regelsatz von ALG II in den neuen Bundesländern auf das Westniveau angehoben wird. Im Jahr 2007 dürften die monetären Sozialleistungen wieder leicht steigen, vor allem weil ein einkommensabhängiges Elterngeld gezahlt wird.

Höhere Ausgaben sind im Forschungs- und Entwicklungsbereich vorgesehen. Der Bund plant, die Mittel zur Förderung besonders zukunftsträchtiger Bereiche in diesem Jahr um 0,8 Mrd. € und im kommenden um 1,3 Mrd. € aufzustocken. Die öffentlichen Investitionen dürften im laufenden Jahr erstmals seit 2001 wieder steigen, nachdem sie von 2003 bis 2005 sogar geringer waren als die Abschreibungen. Zum einen erhöht der Bund seine Investitionsausga-

¹² Hierzu trägt bei, dass zur Erleichterung des Betriebsübergangs die Erbschaftsteuer, die in der VGR den Vermögensübertragungen zugeordnet ist, bei Personenunternehmen für zehn Jahre gestundet und für jedes Jahr, in dem der Betrieb fortgeführt wird, um 10% gekürzt wird.

**Öffentliche
Investitionen
dürften erstmals
seit 2001 steigen**

ben: Die Netto-Einnahmen aus der Lkw-Maut stehen dem Verkehrsetat zur Verfügung, und zur Stärkung des Wachstums wurde in den Koalitionsverhandlungen eine weitere Aufstockung um 1 Mrd. € vereinbart. Zum anderen verbessert sich wegen hoher Gewerbesteuererinnahmen die Haushaltslage der Gemeinden, und die Änderungen bei Hartz IV dürften 2006 für erneut höhere Einnahmen sorgen. Diese werden aufgrund des engen

Haushaltsrechts für die Kommunen wahrscheinlich erst allmählich zu vermehrten Investitionen führen.

Die Zinsausgaben des Staates dürften bei wachsendem Schuldenstand überproportional steigen. Aus der Refinanzierung sind kaum noch Einsparungen von Schuldtiteln möglich, da die Kapitalmarktzinsen voraussichtlich leicht anziehen.

Das staatliche Budgetdefizit dürfte 2006 auf 65 Mrd. € (2,8% des BIP) sinken. Die Defizitgrenze des Vertrags von Maastricht würde damit erstmals seit 2002 unterschritten. Im kommenden Jahr wird sich das Defizit voraussichtlich auf reichlich 46 Mrd. € (2,0%) verringern. Dabei gehen wir davon aus, dass das konjunkturberreinigte Defizit um 7 Mrd. € (0,3% des BIP) und 2007 um weitere 19 Mrd. € (0,8%) abgebaut wird. Die im Stabilitäts- und Wachstumspakt geforderte Rückführung um mindestens 0,5% des BIP wird damit 2006 knapp verfehlt, obwohl die konjunkturelle Lage als günstig zu bezeichnen ist.

**Defizitgrenze
voraussichtlich
wieder
unterschritten**

6. Wirtschaftspolitik

Nach unserer Prognose wird das BIP in diesem Jahr stärker expandieren als im langfristigen Trend, den wir auf gut 1% schätzen. Im kommenden Jahr dürfte der Zuwachs, auch weil die Finanzpolitik dämpft (Kasten 4), etwas geringer werden, aber immer noch über dem Trendwachstum liegen. Sind dies bereits Vorboten eines Endes der Wachstumsschwäche? Oder handelt es sich um eine rein konjunkturelle Belebung aufgrund günstiger internationaler Rahmenbedingungen?

**Es gab in
Deutschland
eine Reihe von
Strukturereformen ...**

Hinweise zur Beantwortung dieser Fragen kann eine Bestandsaufnahme dessen geben, was die Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahren getan hat, um die Wachstumsbedingungen zu verbessern. Zweifelsohne gab es insbesondere seit Mitte der neunziger Jahre eine Reihe von Reformen. Dies zeigen auch die von der OECD berechneten „Strukturindikatoren“ (Tabelle 7). Allerdings

Tabelle 7

Indikatoren der Regulierung der Produkt- und Arbeitsmärkte in Deutschland und der OECD¹						
1990 bis 2003						
	1990		1998		2003	
	Deutschland	OECD	Deutschland	OECD	Deutschland	OECD
Produktmarkt	–	–	1,9	2,1	1,4	1,5
Markt für Unternehmensdienstleistungen ²	4,6	4,7	2,8	3,3	1,7	2,3
Arbeitsmarkt ³	3,2	2,4	2,5	2,0	2,2	2,0

Nach Angaben der OECD. – ¹OECD: Mittelwert der Länder. – ²Wertebereich zwischen 6 (hoch reguliert) und 0 (frei von Regulierungen); Sektoren Luftverkehr, Telekommunikation, Elektrizität, Gas, Post, Schienen- und Straßenverkehr. – ³Wertebereich 4 bis 0.

steht Deutschland mit den Verbesserungen nicht allein. Wie Tabelle 7 zeigt, wurden in allen OECD-Ländern Produkt- und Arbeitsmärkte in ähnlichem Maße oder stärker dereguliert. Aller Fortschritte zum Trotz sind in einer Reihe von Bereichen die Reglementierungen in Deutschland nach wie vor stärker als im Durchschnitt der OECD (OECD 2005). Auch identifizierte die Europäische Kommission in ihrer Stellungnahme zum deutschen Lissabon-Bericht nach wie vor Wettbewerbsdefizite bei Unternehmensdienstleistungen (Europäische Kommission 2006: TZ 25).

Ähnliches gilt bei den Steuern: Die Abgabenquote ist hierzulande seit Mitte der neunziger Jahre zwar deutlich gesunken, jedoch in vielen Ländern ebenfalls (Tabelle 8). Problematisch ist in Deutschland immer noch die Struktur der Besteuerung: Kapitalgesellschaften werden nach wie vor stärker belastet als in den anderen Industrieländern, während die Einkommensteuersätze im internationalen Vergleich recht niedrig sind (BMF 2006a: 33–44). Für 2008 ist aber eine umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung geplant. Bis dahin gelten günstigere Abschreibungsregeln.

... aber es besteht weiter Handlungsbedarf

Bei der Verwirklichung vieler der sog. Lissabon-Ziele sind die Fortschritte ebenfalls gering. Bei Forschung und Entwicklung (F&E) ist man dem Ziel eines Anteils der entsprechenden Ausgaben auf 3% am BIP nicht näher gekommen (RWI 2005). Die Bildungsausgaben wurden zwar gesteigert, liegen in Relation zum BIP aber immer noch unter dem EU-Durchschnitt. Bei der Integration gering Qualifizierter in den Arbeitsmarkt sieht die EU-Kommission (2006: TZ.25) Defizite, ebenso beim Betreuungsangebot für Kinder.

Das Programm „Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Familienförderung“ (BMWi 2006: 22) zielt vor diesem Hintergrund in die richtige Richtung,

Tabelle 8

Abgabenquoten in ausgewählten Ländern				
1990-2004, % in Relation zum BIP				
	1990	1995	2000	2004 ^a
Deutschland	35,7	37,2	37,2	34,6
USA	27,3	27,9	29,9	25,4
Japan	29,1	26,7	26,5	25,3 ^b
Frankreich	42,2	42,9	44,4	43,7
Italien	38,9	41,2	43,2	42,2
Niederlande	42,9	41,2	39,2	39,3
Schweden	53,2	48,5	53,9	50,7
Spanien	32,1	31,8	34,8	35,1
Vereinigtes Königreich	36,5	35,1	37,5	36,1
OECD Europa ¹	37,3	38,3	39,7	38,9
EU-15 ¹	39,3	41,1	41,7	40,9

Nach Angaben der OECD. – ¹Arithmetisches Mittel der Länder. – ^aTeilweise geschätzt. – ^b2003.

indem es Schwerpunkte bei langfristig das Wachstum fördernden Maßnahmen setzt und nicht – wie noch in der Koalitionsvereinbarung angekündigt – die Konjunktur kurzfristig anschiebt. Die Ausgaben für F&E sowie für Investitionen in die Infrastruktur sollen gesteigert werden. Günstigere Abschreibungsregeln fördern die Sachkapitalbildung. Das Elterngeld und die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten haben das Ziel, die Vereinbarkeit von Beruf und Kinderwunsch bei jungen Familien zu verbessern. Positiv ist auch zu werten, dass die Bundesregierung den Abbau weiterer Steuervergünstigungen, Subventionen und Finanzhilfen beschlossen hat, wenn sie dabei auch weit hinter den Erfordernissen zurückbleibt.

Wenig Zielstrebigkeit lassen die Koalitionsvereinbarungen bei der weiteren Reform des Arbeitsmarkts erkennen. Beim Kündigungsschutz wurden Änderungen vorerst ausgeschlossen. Daneben gibt es Initiativen, die – sofern sie umgesetzt würden – die Flexibilität am Arbeitsmarkt sogar verringern könnten. So wird insbesondere von Teilen der Gewerkschaften und der SPD die Einführung von Mindestlöhnen gefordert. Zudem sieht die sich momentan im europäischen Gesetzgebungsprozess befindende Dienstleistungsrichtlinie die Möglichkeit vor, den Geltungsbereich des Entsendegesetzes zu erweitern und die geplante Liberalisierung einzuschränken.

Wenig
Zielstrebigkeit bei
Reform des
Arbeitsmarktes

Günstig auf die Beschäftigung dürfte sich auswirken, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung 2007 um 2%-Punkte sinken sollen. Die davon zu erwartenden positiven Wirkungen werden aber durch die Anhebung der Mehrwertsteuer konterkariert. Der Beitrag zur Rentenversicherung steigt hingegen leicht, und seine Stabilität ist auf längere Sicht nicht gesichert, obwohl u.a.

geplant ist, das Eintrittsalter in die Altersrente ab 2012 auf 67 Jahre anzuheben. Vor allem bei der Reform des Gesundheitswesens liegen die Vorstellungen der Koalitionsparteien so weit auseinander, dass sich keine Lösung abzeichnet.

Die bisherigen Reformen könnten sich leicht positiv auf das Wachstum auswirken. Jedoch werden diese Effekte selbst im Erfolgsfall erst nach und nach sichtbar, und es sind weitere Schritte erforderlich. Dazu gehört auch eine Finanzpolitik, die sich einem ausgeglichenen Haushalt rascher nähert, als von der Regierung geplant. Wir prognostizieren zwar eine deutlich sinkende Defizitquote, wozu die bessere Konjunktur, vor allem aber die Steuererhöhungen im kommenden Jahr beitragen. Damit signalisiert die Finanzpolitik allerdings, dass sie zu einer umfassenden Aufgaben- und Ausgabenkritik, die zu stärkeren Einsparungen führt, offensichtlich nicht in der Lage oder willens ist. Das Vertrauen der Unternehmen und Verbraucher kann sie so auf Dauer nicht gewinnen. Daran ändert auch die derzeit gute Stimmung in der Wirtschaft nichts.

6.1 Finanzpolitik im Spannungsfeld von Konsolidierungserfordernissen und abgabepolitischen Handlungsbedarf

Die Finanzpolitik steht seit einiger Zeit vor drei großen Herausforderungen: Sie muss (1) den Haushalt über eine Rückführung der Ausgaben konsolidieren, (2) wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen für Unternehmen herstellen und (3) die Belastung der Arbeitnehmerentgelte mit Sozialabgaben und damit die Lohnnebenkosten verringern. So kann sie die finanzpolitischen Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung schaffen. Die neue Bundesregierung hat – wie dargestellt – einige Maßnahmen beschlossen, die Fortschritte bei diesen Zielen erwarten lassen. Allerdings geht sie dabei nicht allzu konsequent vor. Sie wählt zum Teil die falschen Instrumente, zum Teil werden drängende Probleme überhaupt nicht angegangen. Diese Aspekte werden im Folgenden detailliert diskutiert.

Die Pläne der Bundesregierung zur *Haushaltkonsolidierung* könnten ehrgeiziger sein. Das aktualisierte Stabilitätsprogramm sieht lediglich eine Rückführung der Defizitquote auf immer noch 1½% 2009 vor (BMF 2006b). Das Ziel eines annähernd ausgeglichenen Haushalts ist damit in weite Ferne gerückt.

Ein ausgeglichener
Haushalt ist in
weite Ferne gerückt

Die Haushaltplanungen für dieses Jahr verstoßen sowohl gegen die nationalen als auch die europäischen Defizitregeln. Erstens übersteigt die geplante Nettokreditaufnahme des Bundes 2006 mit 38,3 Mrd. € die Investitionsausgaben (23,2 Mrd. €) bei weitem, so dass Artikel 115 GG erneut verletzt wird. Auf eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts kann sie sich dabei

nicht berufen, denn das Wachstum liegt voraussichtlich deutlich über dem Trend. Zweitens bleiben die Planungen hinter den Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zurück, weil die Regierung keine Rückführung des konjunkturbereinigten Defizits vorsieht. Der im vergangenen Jahr neu gefasste Stabilitäts- und Wachstumspakt sieht vor, dass Länder mit übermäßigem Defizit den Fehlbetrag (konjunkturbereinigt) um mindestens 0,5%-Punkte pro Jahr reduzieren sollten, in konjunkturell guten Jahren sogar mehr (Council of the European Union 2005).

Unsere Prognose für den Haushaltsfehlbetrag ist etwas günstiger als die der Regierung. Er dürfte bereits in diesem Jahr unter die 3%-Marke sinken. Zum einen erwarten wir – anders als die Bundesregierung – im laufenden Jahr einen Rückgang des konjunkturbereinigten Defizits um 0,3%-Punkte. Zum anderen flossen die Steuereinnahmen in den vergangenen Monaten kräftiger als bisher angenommen. Der Konsolidierungsbedarf wird dadurch aber nicht geringer. Positiv werten wir, dass die Bundesregierung bei ihren Planungen Vorsicht walten lässt. Sie legt ein BIP-Wachstum von 1,4% zugrunde. Dieser Wert liegt im unteren Bereich des Spektrums der zuletzt veröffentlichten Prognosen. Sie vermeidet so den Fehler ihrer Vorgänger, deren Haushalte oft „auf Kante genäht“ waren, weshalb stets Nachtragshaushalte erforderlich wurden.

**Defizit könnte
geringer ausfallen
als von Regierung
prognostiziert**

Bei der qualitativen Konsolidierung, d.h. der Rückführung konsumtiver und der Stärkung investiver Ausgaben, zeigen sich immer noch keine Fortschritte. Zwar werden mit dem „Wachstumsprogramm“ die investiven Ausgaben gesteigert; jedoch erfolgt der Defizitabbau nur zum geringen Teil auf der Ausgabenseite. Das Einsparpotenzial bei Subventionen und Finanzhilfen wird nicht ausgeschöpft, und der Abbau konsumtiver Staatsausgaben ist nicht sehr ehrgeizig. Vermindert werden die Fehlbeträge vor allem durch Einnahmensteigerungen. Die Anhebung der Mehrwert- und der Versicherungssteuer um jeweils 3%-Punkte und die Einführung der „Reichensteuer“ führen sogar zur umfangreichsten Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik. Damit unternimmt die Politik das Gegenteil dessen, was ihr in der Vergangenheit – nicht nur von uns – empfohlen wurde: Aus wachstumspolitischer Sicht sollte die Konsolidierung an der Ausgabenseite, insbesondere bei Transfers und Subventionen ansetzen, da so Allokationsverzerrungen beseitigt und Handlungsspielräume für einen Abbau der Haushaltsfehlbeträge und der Abgabenbelastung gewonnen würden.

**Konsolidierungs-
strategie setzt
vor allem auf
Steuererhöhungen**

Ein vollständiger Abbau des konjunkturbereinigten Defizits in der laufenden Legislaturperiode würde (eventuelle Steuerentlastungen im Rahmen der Unternehmen-

Kasten 4

Zu den makroökonomischen Wirkungen der Finanzpolitik 2006 und 2007

Die Finanzpolitik bleibt 2006 auf einem moderaten Konsolidierungskurs, indem sie Steuervergünstigungen und staatliche Leistungen kürzt. 2007 wird die Konsolidierung durch Steuererhöhungen forciert. Gleichzeitig hat die Regierung das Programm „Impuls für Wachstum, Beschäftigung und Familie“ aufgelegt, das voraussichtlich zu Mehraufwendungen und Mindereinnahmen von 6 Mrd. € in diesem und 10 Mrd. € im kommenden Jahr führen wird. Ab 2007 werden zudem die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt (Tabelle 6).

Um die Wirkungen dieses Maßnahmenpakets abzuschätzen, bieten sich Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell an. Der Mehrwertsteuersatz und der Beitragsatz zur Sozialversicherung gehen unmittelbar in das Modell ein und können in den Simulationen direkt verändert werden. Die meisten der anstehenden Änderungen erfordern jedoch Eingriffe in die Modellgleichungen, ein sog. *add-factoring*. Dazu wird – vereinfacht ausgedrückt – der primäre Impuls jeder einzelnen Maßnahme berechnet und das Ergebnis der betreffenden Gleichung im Modell entsprechend verändert. Die Sekundär- (Multiplikator-)wirkungen der Maßnahmen werden anschließend konsistent im Modellzusammenhang ermittelt.

Während solche Modelleingriffe z.B. bei staatlichen Transfers relativ einfach möglich sind, gestaltet sich die Umsetzung bei vielen anderen Maßnahmen aufwändiger. So müssen Einsparungen des Staates in eine Lohn- und eine Beschäftigungskomponente aufgespalten werden. Wird eine Veränderung der Beschäftigung angenommen, muss eine Anpassung des realen Staatsverbrauchs vorgenommen werden. Sinkende Lohnzahlungen (z.B. Kürzung des Weihnachtsgelds) vermindern nach den Konventionen der VGR den Preisindex des Staatsverbrauchs einerseits, die Lohnsumme der privaten Haushalte andererseits. Problematisch ist erfahrungsgemäß die Umsetzung verbesserter Abschreibungsbedingungen und staatlicher Investitionszuschüsse in den Modellkontext (Deutsche Bundesbank 2000: 38). Hier werden sie in eine Zinsverbilligung umgerechnet, die die Investitionen anregt.¹

Die Wirkungen der Maßnahmen werden quantifiziert, indem eine Simulation des RWI-Konjunkturmodells, in der diese Änderungen berücksichtigt sind, mit einer anderen verglichen werden, die diese nicht enthält (Basislösung). Die Tabelle enthält vier Simulationen. Die erste berücksichtigt alle in Tabelle 6 aufgeführten Maßnahmen; die zweite nur die Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung und der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung; die dritte die Wirkungen des Programms „Impuls für Beschäftigung, Wachstum und Familie“. Die vierte berücksichtigt das gesamte Paket einschließlich der vermuteten Vorzieheffekte beim privaten Konsum (Kasten 3).

Das Gesamtpaket verringert das BIP-Wachstum 2006 um 0,1%-Punkte, 2007 um 0,3%-Punkte. Dabei werden die Konsumausgaben spürbar gedämpft, die Investitionstätigkeit tendenziell gefördert. Dies resultiert in erster Linie aus der Mehrwertsteuererhöhung, die trotz der Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung die Expansion 2007 um 0,2 %-Punkte drückt. Das „Wachstumsprogramm“ hingegen wirkt für sich genommen expansiv: die BIP-Rate steigt um 0,2 bzw. 0,1%-Punkte. Die Konsequenzen des Gesamtpakets für die Beschäftigung halten sich aufgrund des Maßnahmen-Mix in Grenzen. Die Inflationsrate steigt durch die Mehrwertsteuererhöhung 2007 um 1,0%-Punkt. Berücksichtigt man den Vorzieheffekt, sind die Wirkungen auf das BIP in diesem Jahr vernachlässigbar, im kommenden wird die Expansion jedoch um 0,4%-Punkte gedämpft. Führt man die Rechnungen bis 2008 fort, so ergibt sich ein BIP, das auch dann noch unter der Basislösung liegt.

Diese Modellrechnungen bestärken uns in der Auffassung, dass die deutsche Wirtschaft 2007 langsamer wächst als 2006. Zu beachten sind allerdings die Grenzen der Aussagefähigkeit: Eventuelle Folgen der Maßnahmen für das Produktionspotenzial und die teilweise intendierten Effizienzgewinne können in einem kurzfristig und an in der Vergangenheit beobachteten Zusammenhängen orientierten Modell wie dem RWI-Konjunkturmodell nur unzureichend erfasst werden.

¹Interessenten steht eine Zusammenstellung aller Modelleingriffe und eine ausführliche Dokumentation der Modellergebnisse auf Anfrage zur Verfügung.

Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen finanzpolitischer Maßnahmen

2006 bis 2008; Abweichung von der Basislösung in %-Punkten

	Gesamtpaket ¹		davon: Mehrwertsteuer, Sozialbeiträge ²		davon: „Wachstum, Beschäftigung und Familie“		Gesamtpaket mit Vorzieheffekt ³	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007
<i>Primärimpulse⁴, in Mrd. €</i>								
Änderung des staatlichen Finanzierungssaldos	6,8	27,5		12,7	-5,7	-10,0	6,8	27,5
Induzierte private Ausgaben	3,9	4,0			3,9	4,0	5,9	2,0
<i>Ergebnisse</i>								
<i>Arbeitsmarkt</i>								
Erwerbstätige, in 1 000	-6	-61		-22	22	66	-2	-60
<i>Verwendung, real</i>								
Private Konsumausgaben	-0,4	-0,9		-0,5	0,1	0,2	-0,2	-1,2
Konsumausgaben des Staates	-0,3	0,1			0,2	0,1	-0,3	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	1,1	-0,4		-0,1	1,3	0,3	1,1	-0,5
Ausrüstungen	1,5	-0,8		-0,2	1,9	0,5	1,6	-0,9
Bauten	0,9	-0,1			1,0		0,9	-0,2
Sonstige Anlagen		-0,5		-0,3	0,3	0,3	0,1	-0,6
Vorratsveränderung, in Mrd. €	-0,3	-2,5		-1,3	1,2	1,7	-0,2	-2,8
Außenbeitrag, in Mrd. €	0,5	8,2		4,4	-3,7	-6,5	-0,5	9,2
Exporte		0,2		0,2	-0,1	-0,1		0,2
Importe		-0,7		-0,3	0,4	0,2	0,1	-0,9
BIP	-0,1	-0,3		-0,2	0,2	0,1		-0,4
<i>Preise</i>								
Private Konsumausgaben		1,1		1,0				1,1
BIP	-0,1	0,9		0,8			-0,1	0,9
<i>Verteilung</i>								
Arbeitnehmerentgelt		-0,7		-0,7	0,1	0,2		-0,8
Unternehmens-/Vermögenseinkommen	-0,4	-1,5		-0,7	0,6	-0,2	-0,2	-1,9
Volkseinkommen	-0,1	-1,0		-0,7	0,2	0,1	-0,1	-1,1
Tariflohnniveau						0,1		
Bruttolöhne und -gehälter	-0,1	-0,2		-0,1	0,1	0,2	-0,1	-0,2
Nettolöhne und -gehälter	-0,4			0,9	0,1	0,3	-0,4	
Verfügbares Einkommen	-0,4			0,4	0,1	0,2	-0,4	
<i>Staat</i>								
Defizitquote, in % des BIP	-0,3	-0,9		-0,4	0,2	0,3	-0,3	-0,9
Finanzierungssaldo, in Mrd. €	6,0	20,6		7,9	-4,4	-6,9	6,4	20,4

Eigene Berechnungen mit dem RWI-Konjunkturmodell, Stützbereich 1995-3 bis 2005-2. – ¹Veränderung der Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben gemäß Tabelle 6. – ²Veränderung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer um 3 %-Punkte sowie des Beitragssatzes zur Rentenversicherung um 0,4 %-Punkte und zur Arbeitslosenversicherung um -2,0 %-Punkte; angenommene Überwälzung der Mehrwertsteuererhöhung auf die Verbraucher um 80%. – ³Vorgezogener privater Verbrauch wegen Mehrwertsteuererhöhung. – ⁴Veränderung gegenüber 2005 in Mrd. €, ohne makroökonomische Rückwirkungen.

Die hier errechneten Wirkungen der Finanzpolitik sind geringer als die von Heilemann et al. (2006: 32). Sie ermittelten ebenfalls mit dem RWI-Konjunkturmodell dämpfende Effekte auf das BIP von 0,5 %- bzw. 0,4 %-Punkten. Zum Teil resultieren die Unterschiede aus der jeweiligen Umsetzung der Maßnahmen in das Modell. Im Wesentlichen sind sie aber Folge der abweichenden Einschätzung des im Koalitionsvertrag geforderten Effizienzgewinns bei der Bundesagentur für Arbeit in Höhe von 9 Mrd. €. Heilemann et al. (2006) sehen ihn offenbar vollständig als Kürzung des Staatskonsums an. Nach unserer Auffassung verbergen sich dahinter vielfältige Maßnahmen, die nur zum Teil nachfragewirksam werden². Wir schätzen die dämpfenden Wirkungen auf die Einkommen auf lediglich 2,5 Mrd. €. Ferner geht das Wachstumsprogramm in die Rechnungen von Heilemann et al. (2006) nur mit den den Bundeshaushalt betreffenden Mehrausgaben- und Mindereinnahmen ein; Folgekosten und -leistungen bei den Haushalten der Länder und Kommunen sind dort – im Gegensatz zu hier – nicht berücksichtigt.

²Dazu zählen u.a. Mehreinnahmen der BA aufgrund des Vorziehens des Zahlungstermins für die Beiträge durch die Unternehmen, wodurch die BA 2006 einmalig 13 Monatszahlungen erhält, sowie konjunkturbedingt höhere Beitragseinnahmen.

steuerreform nicht mitgerechnet) Konsolidierungsmaßnahmen von insgesamt 47 Mrd. € erfordern, über die nächsten drei Jahre also durchschnittlich knapp 16 Mrd. € bzw. 0,7% in Relation zum BIP. Dies sollte durch geringere Subventionen und Transfers und ohne derart kräftige Steuererhöhungen erreichbar sein. Wir raten der Bundesregierung deshalb, die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu überdenken, da sie den Zwang zur Ausgabenkürzung mindert und mittelfristig die Wachstumskräfte schwächen und die Budgetprobleme verschärfen könnte. Wenn, dann sollte sie die Steuern zumindest nur so weit erhöhen, wie sie die Sozialbeiträge senkt, damit die Abgabenbelastung insgesamt nicht steigt.

Die Bundesregierung hat für 2008 eine Reform der *Unternehmensbesteuerung* angekündigt. Deutschland ist in steuerlicher Hinsicht nach wie vor kein attraktiver Standort. Die tariflichen und die effektiven Steuerbelastungen von Gewinnen sind nach wie vor hoch¹³. Dies steht nicht im Widerspruch zu der im Zuge der Unternehmensteuerreform 2001 rückläufigen Steuerquote, denn hierin zeigen sich auch Ausweichstrategien insbesondere multinationaler Konzerne, die Gewinne im niedriger besteuerten Ausland ausweisen und ausländische Verluste steuermindernd in Deutschland geltend machen. Darüber hinaus führt die Einkommens- und Gewinnbesteuerung zu Verzerrungen bei Investitions- und Finanzierungsentscheidungen und der Wahl der Rechtsform. Dies mindert die Effizienz des Kapitaleinsatzes. Zudem gilt das deutsche Steuersystem aufgrund seiner vielfältigen Ausnahmeregelungen als kompliziert und wenig transparent (SVR 2005: Zf. 391–369).

Reform der
Unternehmens-
besteuerung erst
für 2008 geplant

Derzeit liegen mehrere Vorschläge für eine Reform der Unternehmensbesteuerung vor. Die *Stiftung Marktwirtschaft* hat eine „Einheitliche Unternehmensteuer“ vorgeschlagen, der *Sachverständigenrat*¹⁴ die „Duale Einkommensteuer“. Der *Heidelberger Steuerkreis* hat in Zusammenarbeit mit dem *RWI Essen* die „Zinsbereinigte Gewinnsteuer“ (ZGS) empfohlen (Kasten 5).

Jeder der Vorschläge stellt eine deutliche Verbesserung des Status quo dar und stärkt die Stellung der in Deutschland investierenden Unternehmen im internationalen Wettbewerb in steuerlicher Hinsicht. Wir empfehlen die ZGS,

¹³ Die tarifliche Belastung einbehaltener Gewinne von Kapitalgesellschaften durch Körperschaft- und Gewerbesteuer sowie Solidaritätszuschlag liegt mit 38,7% über der in allen anderen EU-Ländern. Bei der effektiven Belastung fällt der Vergleich zwar weniger ungünstig aus, da Steuervergünstigungen und Verlustverrechnungsmöglichkeiten die Bemessungsgrundlage stärker schmälern als in anderen Ländern. Die Belastung dürfte mit 36% gleichwohl überdurchschnittlich hoch sein; SVR 2004: Tz. 759 ff.

¹⁴ Der SVR hat dieses Konzept in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht und dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) entwickelt.

Kasten 5

Konzepte zur Reform der Unternehmensbesteuerung

Die Bundesregierung will bis zum Herbst 2006 Eckpunkte einer umfassenden Reform der Unternehmensbesteuerung erarbeiten. Sie kann sich dabei an drei aktuellen Konzepten orientieren, der „Allgemeinen Unternehmensteuer“ (Stiftung Marktwirtschaft), der „Dualen Einkommensteuer“ (SVR/MPI/ZEW) und der „Zinsbereinigten Gewinnsteuer“ (ZGS; Heidelberger Steuerkreis/RWI Essen). Diese Vorschläge sollen hier kurz bewertet werden.

Die *Stiftung Marktwirtschaft* (2006) spricht sich dafür aus, Gewinne von Unternehmen unabhängig von der Rechtsform mit einer neu einzuführenden und die Körperschaftsteuer ersetzenden „Allgemeinen Unternehmensteuer“ von 22% zu besteuern. Zusammen mit einer neuen Kommunalsteuer, die zum Teil ebenfalls die Unternehmensgewinne besteuert, ergibt sich eine Belastung von 30%. Daneben wird das Einkommensteuerrecht neu gestaltet, wobei vier Einkommensarten definiert werden: Einkünfte aus selbständiger Arbeit, aus nicht-selbständiger Arbeit, aus Finanzkapital und aus Zukunftssicherung. Der Tarif der Einkommensteuer soll progressiv ausgestaltet sein.

Einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne sollen unterschiedlich hoch belastet werden. Ausschüttungen und Entnahmen werden nach einem modifizierten Halbeinkünfteverfahren zusätzlich zur Unternehmensteuer im Rahmen der persönlichen Einkommensteuer belastet. Insgesamt soll die Belastung der eines vergleichbaren Einkommens durch die Einkommensteuer entsprechen, Kapital- und Arbeitseinkommen also näherungsweise gleich behandelt werden. Für Personenunternehmen mit Einkommen von unter 120 000 € und für kleine Personengesellschaften besteht die Option, in der Einkommensteuer zu verbleiben und somit eine eventuell niedrigere Tarifbelastung zu wählen.

Die Gewerbesteuer schließlich soll durch eine „Vier-Säulen-Lösung“ ersetzt werden: Grundsteuer, Bürgersteuer und Kommunale Unternehmensteuer (jeweils mit Hebesatzrecht der Gemeinde) sowie Beteiligung der Kommunen am Lohnsteueraufkommen. Die Kommunen sollen darüber hinaus so an den Gemeinschaftssteuern partizipieren, dass ihr Steueraufkommen mindestens den bisherigen Einnahmen aus der Grundsteuer, dem Anteil an der Einkommensteuer und der zu ersetzenden Gewerbesteuer entspricht.

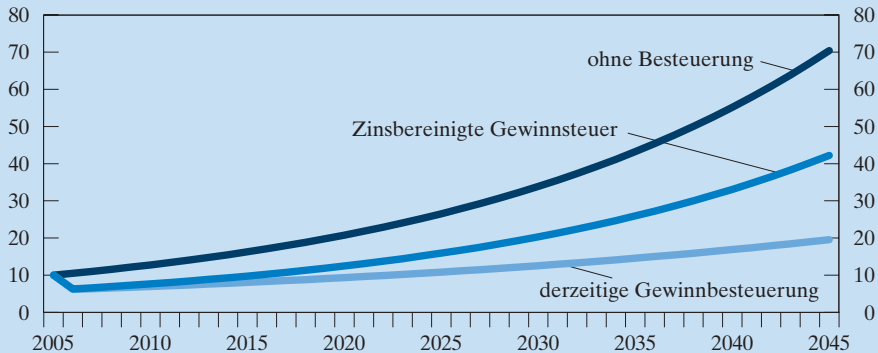
Der *Sachverständigenrat* (SVR et al. 2006) will mit der „Dualen Einkommensteuer“ an der getrennten Besteuerung von Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften festhalten. Kapital- und Arbeitseinkommen sollen aber unterschiedlich behandelt werden: Sämtliche Kapitaleinkommen, inklusive einer kalkulatorischen Verzinsung des Eigenkapitals in Höhe von 6%, sollen einheitlich mit 25% (einschließlich Solidaritätszuschlag und Belastung durch die Gewerbe- oder eine kommunale Unternehmensteuer) besteuert werden. Zu den Kapitaleinkommen zählen neben Zinsen Gewinnanteile aus gewerblicher und selbständiger Tätigkeit, Land- und Forstwirtschaft sowie Vermietung und Verpachtung, die jeweils einer kalkulatorischen Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals entsprechen. Die darüber hinaus gehenden Gewinnanteile unterliegen dem progressiven Einkommensteuertarif. Bei Personenunternehmen soll durch Ausgestaltung des Tarifverlaufs gesichert werden, dass sie durch die Reform steuerlich nicht schlechter gestellt werden als derzeit.

Die ZGS, das vom *RWI Essen* zusammen mit dem *Heidelberger Steuerkreis* (2006) vorgelegte Reformkonzept, zielt im Unterschied zu den beiden anderen darauf ab, Gewinne auf die „Lebensspanne“ eines Unternehmens bezogen nur einmal zu belasten und damit die derzeitige Mehrfachbelastung zu beseitigen (Schaubild). Dies wird erreicht, indem bei allen Unternehmensformen bei der Definition der steuerlichen Bemessungsgrundlage eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals als Betriebsausgabe abgezogen wird. Der Steuersatz sollte idealerweise so gewählt werden, dass die Belastung inklusive der kommunalen Steuern 25% nicht überschreitet. Zur Begrenzung der Mindereinnahmen wäre auch ein Einstieg mit einer Belastung von nicht mehr als 30% zu vertreten.

Ebenso wie die Duale Einkommensteuer lässt sich die ZGS ohne eine radikale Änderung des derzeitigen Steuersystems umsetzen. Dazu wäre im Rahmen der persönlichen Einkommensteuer für Gewinne aus Gewerbebetrieb, freiberuflicher Tätigkeit, Land- und Forstwirtschaft sowie

Eigenkapital bei unterschiedlichen Steuersystemen

2005 bis 2045; in 1000 €



Anfangsgewinn 10 000 €, danach 5%, Laufzeit 40 Jahre. ZGS: Steuersatz wie im geltenden Recht 40%, Schutzzins 5% (Heidelberger Steuerkreis und RWI Essen 2006: 9–10).



Vermietung und Verpachtung ebenso ein Tarifwahlrecht vorzusehen wie für Einzelunternehmer und für Gesellschafter von Personenunternehmen und persönlich geführten Kapitalgesellschaften. Die Steuerpflichtigen entscheiden, welchen Teil des Gewinns sie der ZGS und welchen der persönlichen, progressiven Einkommensteuer unterwerfen (Durchreichgesellschaft).

Ausgeschüttete Gewinne und private Ersparnisse können auf qualifizierten Bankkonten angelegt werden; marktübliche Zinsen bleiben hier steuerfrei. Bei Entnahme von diesen Konten und bei direkter Ausschüttung wird zusätzlich eine Ausschüttungsteuer (20%) erhoben. Die Ausschüttungsteuer sorgt für eine annähernd gleiche Belastung von zunächst einbehaltenen und später ausgeschütteten Gewinnen und denjenigen, die direkt ausgeschüttet werden und der persönlichen Einkommensteuer unterliegen. Die Unterscheidung von thesaurierten und nicht-thesaurierten Gewinnen wird schon heute in allen Unternehmen praktiziert.

Bei der Kommunalfinanzierung plädieren SVR und Heidelberger Steuerkreis/RWI Essen für die Abschaffung der Gewerbesteuer und unterstützen die von der der Stiftung Marktwirtschaft vorgestellte „Vier-Säulen-Lösung“.

Alle Konzepte stellen im Vergleich zum Status quo eine deutliche Verbesserung dar und stärken die steuerliche Position der in Deutschland investierenden Unternehmen. Die ZGS und die Duale Einkommensteuer setzen unmittelbar bei der Besteuerung von Kapitaleinkommen an, wo die Impulse auf Investitionen und Wachstum am größten sein dürften, und tragen so der gestiegenen Kapitalmobilität in besonderem Maße Rechnung. Sie sehen eine stärkere Entlastung des Produktionsfaktors Kapital vor als die Allgemeine Unternehmensteuer. Aber nur eine ZGS würde durch die steuerliche Abzugsfähigkeit marktüblicher Eigenkapitalzinsen gewährleisten, dass Unternehmensgewinne über die Zeit nur einmal belastet werden. Deutschland hätte aufgrund dieser Reform gemeinsam mit Belgien, das ab 2007 eine zinsbereinigte Körperschaftsteuer einführt, die niedrigste Steuerbelastung in Europa. Bei einem Vergleich der Dualen Einkommensteuer mit der Allgemeinen Unternehmensteuer sehen wir beim SVR-Konzept insofern deutliche Vorteile, weil die Duale Einkommensteuer zur ZGS weiterentwickelt werden könnte.

weil sie unmittelbar bei den Kapitaleinkommen ansetzt und der gestiegenen Kapitalmobilität und dem verschärften internationalen Steuerwettbewerb besonders Rechnung trägt. Insbesondere vermeidet sie im Gegensatz zu den konkurrierenden Konzepten Mehrfachbelastung von Unternehmensgewinnen im Zeitablauf – ein Kernproblem des deutschen Steuersystems.

Die – ohne Gegenfinanzierung durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage – erwarteten tariflichen und systembedingten Steuerausfälle werden auf 15,7 Mrd. € (Stiftung Marktwirtschaft) bzw. 22,1 Mrd. € (SVR) veranschlagt. Würde auch bei der Dualen Einkommensteuer ein Steuersatz von 30% zugrunde gelegt, könnte bei beiden Vorschlägen mit ähnlich hohen Aufkommensverlusten gerechnet werden. In dieser Größenordnung würden die Unternehmen auch bei Einführung der ZGS entlastet; auch hier lässt sich die Höhe der Steuerausfälle durch die Wahl einer höheren Steuersatzes oder eines niedrigeren Schutzzinseszinses begrenzen.

Zur Teilfinanzierung der Mindereinnahmen sollten Steuervergünstigungen abgebaut werden, etwa indem die noch nicht realisierten Vorschläge der „Koch-Steinbrück-Liste“ abgearbeitet werden. Alle Konzepte schlagen aber vor, den Steuerausfall – anders als von der Bundesregierung anvisiert – nicht vollständig durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage auszugleichen. Merkleiche Investitionsanreize wären nämlich nur zu erwarten, wenn die effektive Steuerbelastung der Unternehmen entsprechend gesenkt wird. Im Übrigen ist eine vollständige Gegenfinanzierung schon deshalb nicht erforderlich, da eine verbesserte steuerliche Wettbewerbsfähigkeit die Wachstumskräfte stärken dürfte und so zu staatlichen Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben führt. Zudem dürfte die Gewinnverlagerung ins Ausland zurückgehen und dadurch die steuerliche Bemessungsgrundlage vergrößert werden.

Unternehmens-
steuerreform sollte
mit Entlastung
verbunden werden

Das Ziel, die Belastung der versicherungspflichtigen Entgelte mit *Sozialabgaben* auf unter 40% zu reduzieren, wird trotz der Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um 2%-Punkte im Prognosezeitraum nicht erreicht. Auch mittel- und langfristig ist die anvisierte Rückführung nicht gesichert, obwohl beschlossen wurde, nicht realisierte Rentenkürzungen nachzuholen und das Renteneintrittsalter anzuheben. Zugleich soll – ungeachtet anhaltend hoher versicherungsfremder Leistungen¹⁵ – der Bundeszuschuss an die Rentenversicherung künftig begrenzt und der an die Gesetzliche Krankenversicherung wieder abgeschafft werden. Eine Reform des Gesundheitswesens, die erforderlich wäre, um die Beiträge auch hier nachhaltig zu begrenzen, muss erst noch erarbeitet werden.

6.2 Geldpolitik reagiert auf Inflationsrisiken

Die EZB hatte im Dezember ihren Leitzins zum ersten Mal seit 1½ Jahren erhöht und so eine Zinswende eingeleitet. Im März 2006 hat sie ihn ein weiteres

¹⁵ Diese beliefen sich 2005 auf über 130 Mrd. €; dem standen Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherung in Höhe von reichlich 60 Mrd. € gegenüber; SVR 2005: Zf. 476–528.

**EZB hat
Zinswende
eingeleitet**

Mal um 0,25%-Punkte angehoben. Damit verstärkt sich die Erwartung, dass sie den expansiven Grad ihrer Politik allmählich verringern wird. Trotz der beiden Zinsschritte haben sich die monetären Rahmenbedingungen für die Konjunktur bislang kaum verschlechtert. Mit einem Realzins nahe Null ist die Geldpolitik nach wie vor als expansiv einzuschätzen. Zudem hat sich die Zinsdifferenz zu den USA ausgeweitet, so dass der Euro leicht abwertete. Auch sind die langfristigen Zinsen im Euro-Raum noch nicht deutlich gestiegen, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein dürfte, dass die EZB bisher keine Inflationserwartungen hat aufkommen lassen.

Die EZB hat beide Zinsschritte sorgfältig vorbereitet, wie sich aus den Zinsfutures und den Zinsen für länger laufende Geldmarktpapiere ableiten lässt. Dennoch stellt sich die Frage, warum sie gerade im Dezember die Zinswende einleitete. Das Wachstum der Geldmenge M3 hatte sich bereits seit Mitte 2004 erhöht und schwächte sich zu diesem Zeitpunkt sogar leicht ab. Zudem gingen von der Ölverteuerung offenbar keine übermäßigen Inflationwirkungen aus. Die Kernrate war im Verlauf von 2005 sogar von 2,0% auf 1,5% gesunken. Die konjunkturelle Erholung schließlich stellt noch keine Gefahr für die Preisniveaustabilität dar, da die Kapazitätsauslastung im Euro-Raum immer noch niedrig ist und für das kommende Jahr allgemein bereits eine Abschwächung der Konjunktur erwartet wird.

Auf zunehmende Inflationsrisiken weist vor allem hin, dass das Geldmengenwachstum nach Untersuchungen der EZB (2005: 16) inzwischen nicht mehr auf Portfolioumschichtungen zurückzuführen ist. Mit diesen hatte die EZB bis 2004 die Beschleunigung stets relativiert und deshalb von geldpolitischen Aktionen abgesehen. Seit Mitte 2005 steigt die um Portfolioumschichtungen bereinigte Geldmenge im Gleichlauf mit M3. Zudem haben die Banken ihre Vergabe von Buchkrediten kontinuierlich ausgeweitet, im Januar 2006 um über 9%. Dies deutet darauf hin, dass die Liquidität zunehmend nachfragewirksam wurde.

Dass die EZB die Dezember-Sitzung wählte, um die Zinswende zu verkünden, hängt wohl damit zusammen, dass sie bei dieser Gelegenheit ihre gesamtwirtschaftliche Projektion veröffentlichte, in der sie ihre Inflationsprognose an hob. Darin deutet sich eine geänderte Kommunikationsstrategie der EZB an. Sie wird möglicherweise ihre Inflationsprojektionen künftig stärker nutzen, um die Gewichtung der beiden Säulen ihrer geldpolitischen Strategie zu verdeutlichen. Ähnliche Bestrebungen sind derzeit auch bei der amerikanischen Notenbank zu beobachten. Der neu ernannte Chairman des Federal Reserve Board *Bernanke* hatte sich schon vor längerer Zeit

**Inflationsprojek-
tionen gewinnen an
Bedeutung für die
Kommunikation der
Geldpolitik**

für ein *inflation targeting* der US-Geldpolitik ausgesprochen (Bernanke, Mishkin 1997). Dabei ging es ihm nicht darum, die als erfolgreich angesehene Geldpolitik der vergangenen Jahrzehnte zu ändern, sondern deren Grundzüge institutionell zu verankern. Er versteht Inflationssteuerung nicht als feste Regel, sondern als Analyserahmen bzw. als Element der Kommunikation. Wie bei allen geldpolitischen Strategien sollen alle zur Verfügung stehenden Informationen über die zukünftige Inflation genutzt werden.

Die konkrete Ausgestaltung der Strategie unterscheidet sich in den einzelnen Ländern, die Grundzüge sind aber die gleichen¹⁶: Im Zentrum steht die Bekanntgabe eines längerfristigen oder zeitlich befristeten Inflationsziels, das häufig als Bandbreite angegeben wird. Definiert werden kann die Inflationsrate anhand unterschiedlicher Verbraucherpreisindizes, oft wird eine Kernrate verwendet. Ein wichtiges Element des *inflation targeting* sind die Inflationsprognosen der Notenbank. Zum einen sind sie notwendig, da die Geldpolitik mit Verzögerung wirkt und deshalb die künftige Inflation im Auge haben muss. Zum anderen dienen sie dazu, die Bedeutung der unterschiedlichen Einflussfaktoren der Inflation näher zu erläutern. Eine Offenlegung der genauen Gewichtung dieser Faktoren unterbleibt allerdings, so dass Gestaltungsspielräume verbleiben. Dies verdeutlicht, dass sich geldpolitische Entscheidungen nicht automatisch aus einem *inflation targeting* ableiten lassen, sondern dass im Zentrum eine höhere Transparenz und Verlässlichkeit der Geldpolitik stehen soll.

Obwohl die EZB kein typisches *inflation targeting* betreibt, weist ihre Strategie doch deutliche Parallelen dazu auf. Sie veröffentlicht inzwischen vierteljährlich gesamtwirtschaftliche Projektionen und verwendet sie, um ihre Zinsentscheidungen zu begründen. Das Vorgehen scheint sich in den vergangenen Jahren bewährt zu haben. Jedenfalls hat die Diskussion um das Gewicht der beiden Säulen ihrer geldpolitischen Strategie seitdem deutlich nachgelassen. Da sich die Projektionen jedoch stärker auf die realwirtschaftlichen Faktoren der ersten Säule stützen, besteht die Gefahr, dass längerfristige Einflüsse, die in den monetären Indikatoren der zweiten Säule zum Ausdruck kommen, unterschätzt werden. Bei einem Projektionshorizont von zwei Jahren werden Effekte, die mit größerer Zeitverzögerung wirken, nicht voll erfasst.

Im Dezember sah die EZB anscheinend noch keine allzu starke Zunahme des Inflationsrisikos, da sie betonte, dass dem ersten Zinsschritt nicht automatisch weitere folgen würden. Nach ihren jüngsten Projektionen geht sie aber offenbar von einem gestiegenen Inflationsrisiko aus. Deshalb erfolgte im März ein

¹⁶ In der Praxis findet man sowohl breite (z.B. zwischen 0 bis 3%) als auch enge Bänder (2 bis 3%). Zur Berechnung der Kernrate werden aus dem Verbraucherpreisindex Lebensmittel und Energie sowie gelegentlich indirekte Steuern oder *terms of trade*-Effekte herausgerechnet; Bernanke, Mishkin 1997: 98ff.

zweiter Zinsschritt, dem weitere folgen dürften. In welchem Maße dies der Fall sein wird und welches Zinsniveau die EZB anstrebt, hängt von der Gewichtung der unterschiedlichen Inflationsindikatoren ihrer beiden Säulen ab. Allein mit Blick auf die Geldmenge wären mehrere Schritte wahrscheinlich, da die Liquiditätsausstattung im Euro-Raum nach wie vor reichlich ist. Be-

**EZB-Zinsen
dürften bis
Ende 2007
auf 3,5% steigen**

rücksichtigt man allerdings die angesprochenen Portfoliumschichtungen, verringert sich die Überschussliquidität deutlich. Eine eher kurzfristig ausgelegte konjunkturelle Analyse der Inflationseinflüsse schließlich weist auf keine deutlich erhöhten Inflationsrisiken hin¹⁷. Bei der hier unterstellten Konjunktur halten wir es für wahrscheinlich, dass die EZB den Leitzins im Prognosezeitraum auf 3,5% anhebt.

6.3 Bilanz der Arbeitsmarktpolitik ist durchwachsen

Angesichts der immer noch unbefriedigenden Lage auf dem Arbeitsmarkt hält die Diskussion über den Erfolg der Reformen der vergangenen Jahre an. Der jüngst vorgelegte Zwischenbericht zur Evaluierung der „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt I bis III“ (Hartz I bis III) erlaubt eine erste Beurteilung der neuen arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Gemessen wird ihre Wirksamkeit daran, ob es gelingt, Arbeitslose wieder in das Erwerbsleben zu integrieren. In dieser Hinsicht ergaben sich recht unterschiedliche Bewertungen (Bundesregierung 2006):

- Die Vermittlungsgutscheine und die Beauftragung Dritter mit Vermittlung hatten nur geringe oder sogar negative Wirkungen. Arbeitslose aus Problemgruppen wurden vielfach in instabile Beschäftigungsverhältnisse vermittelt und bald erneut arbeitslos.
- Die Personalservice-Agenturen (PSA) waren wenig erfolgreich, vor allem weil Arbeitslose, nachdem sie von einer PSA übernommen worden waren, die eigenen Suchanstrengungen verminderten (*lock in*-Effekt) und deshalb später als andere Erwerbslose in ein Beschäftigungsverhältnis gelangten. Inzwischen sind die Arbeitsagenturen nicht mehr verpflichtet, PSA einzurichten.
- Minijobs erhielten, obwohl sie ein unbürokratisches und flexibles Beschäftigungsinstrument darstellen, kein uneingeschränktes Lob. Eine Verdrängung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung konnte nicht ausgeschlossen werden. Auch erfüllten sie die ihnen zugedachte Brückenfunktion in reguläre Beschäftigung nicht (Fertig et al. 2005: 66, 91). Zudem werden Minijobs häufig von Personen aus der stillen Reserve (Hausfrauen,

¹⁷ Wie Stock/Watson (2003) zeigen, liefern Indikatoren wie die Produktionslücke in der kurzen Frist relativ verlässliche Informationen über die Inflation.

Studenten, Rentnern) oder von Erwerbstätigen als Nebentätigkeit ausgeübt. Hier stellt sich die Frage, ob diese Tätigkeiten staatlich gefördert werden sollten. Ob das Instrument einen dauerhaften Erfolg hat, ist derzeit noch unklar.

- Die Förderung der Selbständigkeit von Arbeitslosen insbesondere durch den Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) wurde positiv beurteilt. Zwar wurden Mitnahmeeffekte und Scheinselbständigkeiten festgestellt, immerhin existierten aber fast 80% der Ich-AGs 1½ Jahre nach ihrer Gründung noch. Selbständige, die aufgaben, wurden vielfach nicht arbeitslos, sondern fanden eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Allerdings hatte noch keine der evaluierten Ich-AGs die Höchstförderung von drei Jahren erreicht, wodurch der Erfolg überzeichnet sein könnte. Vorgeschlagen wird von den Evaluatoren, den Existenzgründungszuschuss und das Überbrückungsgeld zusammenzuführen und die Eignung potenzieller Existenzgründer besser zu überprüfen¹⁸.

Was die Neuorganisation der Arbeitsagenturen angeht, wurde festgestellt, dass sie in die richtige Richtung verläuft und die Effektivität der Agenturen bereits gesteigert werden konnte. Allerdings wurde die angestrebte Verbesserung der Relation von Arbeitslosen zu Vermittlern noch nicht erreicht. Auch wurde bemängelt, dass sich die Agenturen vielfach zu sehr an kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Kostenzielen orientierten. Dadurch würden bei schwer zu vermittelnden Arbeitslosen (sog. Betreuungskunden, die Leistungen nach SGB III beziehen) vielfach nicht die erforderlichen Schritte unternommen, um sie vor Langzeitarbeitslosigkeit zu bewahren. Eines der wichtigsten Ziele der Arbeitsmarktreform, eine bessere und intensivere Betreuung von Arbeitslosen, ist wohl bislang nicht erreicht worden.

**Intensivere
Betreuung von
Arbeitslosen durch
Hartz-Reform noch
nicht gewährleistet**

Ein endgültiges Urteil über die bisherigen Arbeitsmarktreformen steht freilich noch aus. Der Endbericht zu Hartz I bis Hartz III soll in der zweiten Hälfte von 2006 vorliegen; die Evaluation von Hartz IV hat gerade erst begonnen. Bis diese Evaluationen abgeschlossen sind, sollte auf Aktionismus verzichtet werden. Dennoch werden bereits neue Instrumente erwogen, die Einführung von Kombilöhnen und die Festlegung eines Mindestlohns.

Der Kombilohn ist eine Form der Lohnsubvention, die an am Markt erzielbare Verdienste gekoppelt ist. Die dabei gewährten staatlichen Zuschüsse sollen eine stärkere Lohnspreizung nach unten ermöglichen, ohne dass für die die

¹⁸ Von den übrigen Maßnahmen wurde die Beauftragung von externen Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen positiv beurteilt. Die Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer hatten dagegen wenig Erfolg. Dies lag zum Teil wohl daran, dass dieses Instrument vielfach nicht hinreichend bekannt ist. Von den traditionellen Instrumenten wurden die Weiterbildungs- und die Eingliederungszuschüsse weitgehend gut benotet, die ABM negativ.

Bezieher geringer Einkommen der Anreiz verloren geht, einer Beschäftigung nachzugehen. Man erhofft sich von Kombilöhnen eine Verringerung der Zahl der gering qualifizierten Arbeitslosen und Einsparungen im Transfersystem. Die Gegner befürchten, dass Kombilöhne das Lohnniveau drücken. Dadurch würden weitere Lohnsubventionen erforderlich; hinzu kämen Mitnahmeeffekte, was die Finanzierbarkeit von Kombilöhnen in Frage stelle. Ferner sei das Instrument mit Fehlanreizen verbunden, da es sich für manche Arbeitnehmer nicht lohne, sich zu qualifizieren, da sie auch ohne solche Anstrengungen ein ausreichendes Einkommen erzielen.

Befürworter des Kombilohns wie z.B. Sinn et al. (2006) halten ihn für finanzierbar, etwa indem arbeitsunwilligen Erwerbslosen das Arbeitslosengeld II gekürzt werde. Auch könne man bei dauerhaft und flächendeckend eingerichteten Kombilohnmodellen weitgehend auf differenzierte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verzichten und so Mittel einsparen. Allerdings wären gegen dauerhaft und flächendeckend gezahlte Lohnzuschüsse erhebliche nicht nur ordnungspolitische Bedenken anzumelden. Die Wirksamkeit des Instruments konnte bislang nur für sehr eng abgegrenzte Problemgruppen am Arbeitsmarkt bei enger zeitlicher Begrenzung der Bezugsdauer nachgewiesen werden. Um negative Anreizwirkungen weitgehend auszuschalten, sollte man Lohnsubventionen an gering Qualifizierte nur zeitlich begrenzt gewähren, wie dies das RWI Essen als „Erweiterte Minijobs für Arbeitslose“ vorgeschlagen hat (Fertig et al. 2006).

**Kombilöhne sollten
in jedem Fall zeitlich
begrenzt gewährt
werden**

Mindestlöhne werden derzeit häufig als Alternative oder Ergänzung zu Kombilöhnen vorgeschlagen. Sie werden insbesondere mit dem Argument gefordert, deutsche Arbeitnehmer vor „Dumping-Löhnen“ von Anbietern aus den neuen EU-Ländern schützen zu müssen. Inzwischen droht in Deutschland die Einführung von Mindestlöhnen „durch die Hintertür“. Nach erheblichen Widerständen wurde inzwischen die Dienstleistungsrichtlinie, in der zunächst das Herkunftslandprinzip verankert werden sollte, vom Europäischen Parlament in einer Fassung verabschiedet, die das Bestimmungslandprinzip fest schreibt. Danach müssen sich Dienstleistungsunternehmen, wenn sie sich im Ausland niederlassen, nach dem Sozial-, Arbeits- und Tarifrecht des jeweiligen Gastlandes richten. Bei vorübergehenden Arbeiten im EU-Ausland kommt generell die europäische Entsenderichtlinie zur Anwendung. Ihr derzeitiger Entwurf sieht u.a. vor, dass die Mindestlöhne, Höchstarbeitszeiten und Mindesturlaubszeiten des Gastlandes vereinbart werden. Dies schafft Anreize, auch in Deutschland Mindestlöhne festzulegen.

Grundsätzlich sind Mindestlöhne aber mit erheblichen Problemen verbunden (Bauer, Schmidt 2005): Werden sie zu hoch angesetzt, grenzen sie gerade gering Qualifizierte aus dem Arbeitsmarkt aus. Ob die Unternehmen Arbeit-

nehmer einstellen oder nicht, hängt letztlich davon ab, in welchem Verhältnis die Arbeitskosten zu den Leistungen stehen, die diese erbringen. Ein zu niedriger Mindestlohn wäre hingegen wirkungslos als Schutz vor Lohnkonkurrenz und brächte somit nur administrativen Aufwand. Noch schädlicher als ein allgemeiner wäre ein nach Branchen und eventuell sogar Regionen differenzierter Mindestlohn, da er zu erheblichen Allokationsverzerrungen führen würde. Wenn sich die Einführung eines Mindestlohns aus politischen Erwägungen überhaupt nicht vermeiden lässt, so wäre in jedem Fall darauf zu achten, dass er allgemein gilt und nicht zu hoch angesetzt ist. Insgesamt lehnen wir einen Mindestlohn jedoch ab, da wir durch seine Einführung Schaden für die deutschen Arbeitnehmer befürchten, die dem internationalen Wettbewerb besonders ausgesetzt sind. Wie immer in der Wirtschaftspolitik gilt, dass man „gut gemeint“ nicht mit „gut gemacht“ verwechseln darf.

**Mindestlöhne
dürften mehr
schaden als
nutzen**

Literatur

- Bauer, T. und Ch. M. Schmidt (2005), Mindestlöhne und das Entsendegesetz. RWI: Positionen #2 vom 27. Mai 2005. RWI, Essen. Internet: www.rwi-essen.de/positionen.
- BDA – Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (Hrsg.) (2006), *Jahresbericht 2005*. Berlin.
- Bernanke, B.S. and F.S. Mishkin (1997), Inflation targeting: A new framework for monetary policy? *Journal of Economic Perspectives* 11: 97–116.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), Bei der Riester-Rente kein Geld verschenken. Pressemitteilung vom 8.12.2005. Internet: www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/presse,did=99784,render=renderPrint.html. Download vom 17.2.2006.
- BMF – Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2006a), Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2005. *Monatsbericht* 2006 (Jan.): 33–44.
- BMF – Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) (2006b), *Deutsches Stabilitätsprogramm* – Aktualisierung Februar 2006. Berlin.
- BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.) (2006), *Reformieren, investieren, Zukunft gestalten* – Politik für mehr Arbeit in Deutschland. Jahreswirtschaftsbericht 2006. Berlin.
- Bundesregierung (2006), *Die Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt*. Bericht der Bundesregierung zur Wirkung der Umsetzung der Vorschläge der Kommission Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt. Umsetzung der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 14. November 2002. BT-Drucksache 15/98. Deutscher Bundestag, Berlin.
- CBO – Congressional Budget Office (ed.) (2005), *A Potential Influenza Pandemic – Possible Macroeconomic Effects and Policy Issues*. Washington, DC.

- Council of the European Union (2005), *Improving the implementation of the Stability and Growth Pact*. 21 March 2005. Brussels. Internet: <http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st07/st07423.en05.pdf>, Download vom 28.2.2006.
- Deutsche Bundesbank (ed.) (2000), *Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD*. Internet: www.bundesbank.de/download/presse/publikationen/makro_mlm_200006_en.pdf, Download vom 22.11.2000.
- Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (2005), Vermögensbildung und Finanzierung im Jahr 2004. *Monatsberichte* 57 (6): 15–36.
- DIHK – Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.) (2006), *Wirtschaftslage und Erwartungen*. Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern. Februar 2006. Berlin.
- Döhrn, R. et al. (2003), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunkturelle Belegung. *RWI : Konjunkturberichte* 54 (2): 103–153.
- Döhrn, R. et al. (2004a), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Mit mäßigem Tempo weiter aufwärts. *RWI : Konjunkturberichte* 55 (2): 97–147.
- Döhrn, R. et al. (2004b), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung auf flachem Expansionspfad. *RWI : Konjunkturberichte* 55 (1): 25–73.
- Döhrn, R. et al. (2005), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Weiterhin kein kräftiger Aufschwung. *RWI : Konjunkturberichte* 56: 23–60.
- Dreger, C. and C. Schumacher (2005), Out-of-sample Performance of Leading Indicators for the German Business Cycle. Single vs. Combined Forecasts. *Journal of Business Cycle Measurement and Analysis* 2 (1): 71–87.
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2006), Jetzt aufs Tempo drücken. Teil 2: Länderkapitel. Mitteilung der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates. vom 25.1.2006. Abschnitt Deutschland. Internet: http://europa.eu.int/growthandjobs/pdf/2006_annual_report_germany_en.pdf, Download vom 23.2.2006.
- EZB (Hrsg.) (2005), Monetäre und finanzielle Entwicklung. *Monatsbericht* 2005 (12): 15–52.
- Fertig, M., J. Kluge und M. Scheuer (2005), Was hat die Reform der Minijobs bewirkt? Erfahrungen nach einem Jahr. *RWI : Schriften* 77. Berlin: Duncker&Humblot.
- Fertig, M., J. Kluge und Ch.M.Schmidt (2006), Der erweiterte Minijob für Arbeitslose, ein Reformvorschlag. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, erscheint demnächst. GfW – Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2004), *Wirtschaftspotenzial der Fußball-WM 2006 für NRW*. Düsseldorf.
- Heidelberger Steuerkreis an der Alfred Weber-Gesellschaft und Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2006), *Zinsbereinigte Gewinnsteuer – Ein Vorschlag zur Reform der Unternehmensbesteuerung in Deutschland*. Heidelberg und Essen. Internet: www.rwi-essen.de/forschung, Download vom 6.3.2006.
- Heilemann, U., G. Quass und J. Ulrich (2006), Gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Haushaltspolitik des Koalitionsvertrages. *Wirtschaftsdienst* 86 (1): 27–36.
- McKibbin, W. and A. Sidorenko (2006), Global Macroeconomic Consequences of Pandemic Influenza. *Lowy Institute Analyses*. Sydney.
- OECD (ed.) (2005), *Going for Growth*. Paris.

- Postbank (Hrsg.) (2005), Sonderthema: Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Postbank Research Juli 2005. Bonn.
- RWI Essen – Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2005), Zu wenig Forschung und Entwicklung? Ursachen und Implikationen der Forschungslücke der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Studie für das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen. RWI : Projektberichte. (Bearb.: B. Lageman et al.) Essen.
- Sinn, H.W. et al. (2006), Aktivierende Sozialhilfe 2006: Das Kombilohn-Modell des ifo Instituts. *ifo-Schnelldienst* 59 (2): 10–27.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005), Auswirkungen einer etwaigen Mehrwertsteuererhöhung auf die Verbraucherpreise. Pressemitteilung vom 12.07.2005. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2006), Verdienste 2005: +0,4 %. Ein-Euro-Jobs dämpfen Anstieg. Pressemitteilung vom 23.02.2006. Wiesbaden.
- Stiftung Marktwirtschaft – Kommission „Steuergesetzbuch“ (Hrsg.) (2006), *Einfacher, gerechter, sozialer: Eine umfassende Ertragsteuerreform für mehr Wachstum und Beschäftigung*. Steuerpolitisches Programm. Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de/module/Steuerpolitisches_Programm30.1.06.pdf, Download vom 6.3.2006.
- Stock, J. H. and M.W. Watson (2003), Forecasting output and inflation: the role of asset prices. *Journal of Economic Literature* 41: 788–829.
- SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2004), *Erfolge im Ausland – Herausforderung im Inland*. Jahresgutachten 2004/05. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.) (2005), *Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen*. Jahresgutachten 2005/06. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- SVR et al. – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht und Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (Hrsg.) (2006), *Reform der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung durch die Duale Einkommensteuer*. Internet: www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/presse/erstes_kapitel.pdf, Download vom 6.3.2006.
- WSI – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.) (2006), Bilanz der Tarifrunde 2005: Realeinkommensverluste überwiegen. Pressemitteilung vom 2.2.2006. Berlin.